

Neue Rohstoffkapitel in EU-Handelsabkommen – eine Bestandsaufnahme

Auswirkungen auf Umwelt, Menschenrechte und
wirtschaftliche Entwicklung



Neue Rohstoffkapitel in EU-Handelsabkommen – eine Bestandsaufnahme

Auswirkungen auf Umwelt, Menschenrechte und
wirtschaftliche Entwicklung

Impressum

Neue Rohstoffkapitel in EU-Handelsabkommen – eine Bestandsaufnahme

Herausgeber:

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel.: +49 30 30 882 192
E-Mail: alessa.hartmann@power-shift.de
<https://power-shift.de>

Mit-Herausgeber:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, FDCL
Forum Umwelt und Entwicklung
GRÜNE LIGA e.V. - Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Stiftung Asienhaus

Autorin: Merle Groneweg

Redaktion: Louisa Prause, Alessa Hartmann, Michael Reckordt

Bildredaktion: Jeremy Oestreich

Layout, Satz & Reinzeichnung: Tilla Balzer | buk.design

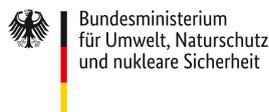
Berlin, Juni 2019

ISBN: 978-3-9818609-1-7

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e. V. Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter: <https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin.

Inhalt

Glossar	6
1. Einleitung	7
2. Die Europäische Rohstoffinitiative (RMI)	9
2.1. Die RMI im Kontext des Diskurses um „Versorgungssicherheit“	9
2.2. Die Maßnahmen der RMI	9
<i>Infokasten: Die deutsche Rohstoffstrategie</i>	10
3. Handelsabkommen der EU – aktuelle Verhandlungen	12
3.1. Tabellarische Übersicht	13
3.2. Handelsabkommen mit Energie- und Rohstoffkapiteln: Verhandlungsstand	14
4. Die Inhalte der ERM-Kapitel	16
4.1. Verbot von Import- und Exportbeschränkungen, Monopolbildung und Preisregulation	16
4.2. Verfügbarkeit von Flächen sowie Vergabe von Lizenzen für Exploration und Abbau	18
<i>Exkurs: Gabriel Ressources versus Rumänien</i>	20
4.3. Umweltverträglichkeitsprüfung	21
<i>Exkurs: Lithiumabbau in Chile</i>	22
4.4. Kooperationen und Absprachen	23
4.5. Menschenrechtliche, soziale und ökologische Sorgfaltspflichten	23
5. Politikempfehlungen	25
Endnoten	28

Glossar

ASEAN	Association of South East Asian Nations
CETA	Comprehensive and Economic Trade Agreement
DCFTA	Deep and Comprehensive Free Trade Area
EE	Erneuerbare Energien
EIP	European Innovation Partnership
EPA	Economic Partnership Agreement
EREP	European Resource Efficiency Platform
ERM	Energy and Raw Materials
FTA	Free Trade Agreements
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GATS	General Agreement on Trade in Services
GCC	Gulf Cooperation Council
GSP	Generalised Scheme of Preferences
ICS	Investment Court System
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
ILO	International Labour Organization
ISDS	Investment State Dispute Settlement
MERCOSUR	Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Markt des Südens)
NGO	Non-Governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PPM	Process and Production Methods
RMI	Raw Materials Initiative
SDGs	Sustainable Development Goals
SQM	Sociedad Química y Minera
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung

1. Einleitung

Die EU-Kommission benennt in ihrer handelspolitischen Kommunikation „*Handel für alle*“ im Jahr 2015 ein klares Vorhaben:

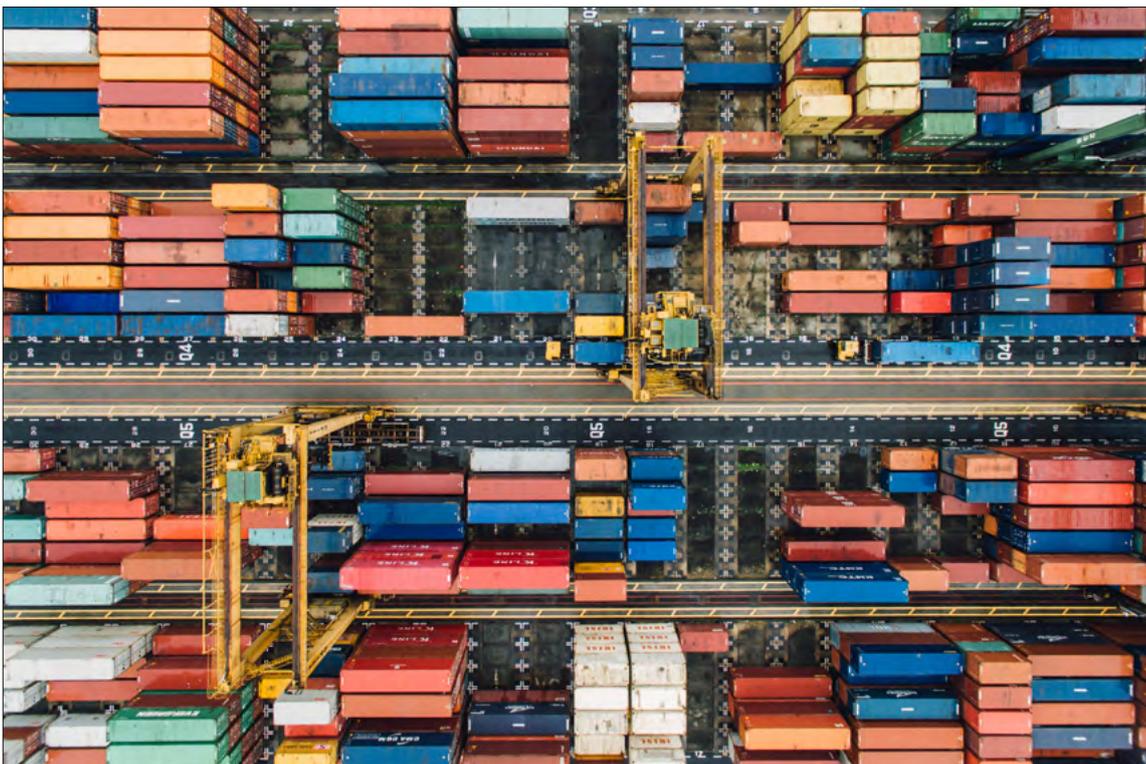
Im Rahmen der umfassenderen Arbeiten zur Schaffung einer Energieunion und gemäß der Rohstoffinitiative wird die Kommission für jedes Handelsabkommen ein Kapitel zu Energie und Rohstoffen vorschlagen¹.

Der Zugang zu Energie und Rohstoffen spielt eine „entscheidende Rolle“ für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen². Denn Rohstoffe stehen am Anfang aller industriellen Produktion. Dieser Umstand wird auch in der handelspolitischen Kommunikation „*Die Globalisierung meistern*“ aus dem Jahr 2017 thematisiert. Die meisten Erzeugnisse würden nicht mehr in einem einzigen Land hergestellt, sondern auf der ganzen Welt: „*Die zu ihrer Produktion notwendigen Rohstoffe, Bauteile, Technologien und Dienstleistungen stammen aus verschiedenen Ländern und Kontinenten*“³.

Für die EU-Unternehmen bedeutet dies eine hohe Importabhängigkeit. 80 Prozent aller Importe in die EU bestehen aus Rohstoffen, Produktionsmitteln und Komponenten, die für die gegenwärtige europäische Ökonomie

essentiell sind⁴. Je günstiger diese Importe, desto „*wettbewerbsfähiger*“ sind die hochtechnologischen Exportschlager der in der EU ansässigen Unternehmen. Ziel der EU-Kommission ist es, die Absätze der europäischen Unternehmen zu sichern – und mitunter auch dabei zu helfen, die dafür notwendigen „*freien Märkte*“ in anderen Ländern zu etablieren. Für die Sicherung von Importen und Exporten spielt die Rohstoff- und Handelspolitik eine wichtige Rolle.

Laut EU-Kommission müsse „*die Handelspolitik eine größere Palette von Fragen behandeln, wenn die EU ihren Platz in den globalen Wertschöpfungsketten sichern will*“⁵. Deshalb strebt die EU-Kommission in ihren Verhandlungen mit anderen Staaten Bestimmungen und Standards an, die weit über den gegenseitigen Abbau von Zöllen hinausgehen. Vielmehr geht es in der neuen Generation von Freihandelsabkommen um weitreichende Liberalisierungen in verschiedenen Bereichen. Dies umfasst Märkte, die im Vergleich zu Industriegütern bisher nicht so umfassend liberalisiert wurden, zum Beispiel Agrar- und Dienstleistungsmärkte sowie öffentliche Beschaffung und auch die öffentliche Daseinsvorsorge⁶. Ausländische wie inländische Unternehmen sollen in allen Bereichen „*gleichberechtigten*“ Zugang haben; Zölle



Die in der EU ansässigen Unternehmen sind abhängig von Rohstoffimporten. Photo: chuttersnap, Unsplash



Die EU-Kommission will die Absätze der europäischen Unternehmen sichern – und die dafür nötigen Rohstoffe.
Photo: Glyn Lowe PhotoWorks, Flickr

8

möglichst weitgehend gesenkt oder im Bestfall vollständig eliminiert werden. Darüber hinaus sollen auch so genannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ abgebaut werden, etwa indem durch „Regulatorische Kooperation“ Standards und Regulierung vereinheitlicht werden – was die Gefahr birgt, dass der gemeinsame Nenner in Bezug auf Standards dann wenig progressiv (etwa im Sinne des Umweltschutzes) ist⁷. In vielen Fällen gehen die EU-Handelsabkommen über bestehende WTO-Regeln hinaus – etwa, wenn es darum geht, Exportrestriktionen auf Rohstoffe abzuschaffen, wie unten weiter ausgeführt wird.

Die dezidierten Kapitel für den Zugang zu „Energy and Raw Materials“ (ERM) sind Teil dieser Bestrebungen der EU-Kommission, den Geltungsbereich von Handelsabkommen auszuweiten. So enthalten auch die ERM-Kapitel eben nicht nur „klassische“ Handelsbestimmungen – also Zollsenkungen oder das Verbot von Import- und Exportmonopolen – sondern auch Artikel, die beispielsweise prozedurale Vorgaben zur Ausschreibung und Vergabe von Lizenzen für die Exploration und den Abbau von Rohstoffen machen. Die ERM-Kapitel haben nicht nur Auswirkungen auf den wirtschaftspolitischen Spielraum von Staaten, sondern auch den Schutz von Umwelt, Menschen- und Arbeitsrechten im Bergbausektor.

Die vorliegende Publikation unterzieht die ERM-Kapitel deshalb einer ersten zivilgesellschaftlichen Analyse: Inwiefern werden der Schutz von Umwelt und Menschenrechten bei der Ausgestaltung der ERM-Kapitel berücksichtigt? Wie werden hohe Arbeits- und Sozialstandards gewährleistet? Wo zeichnen sich negative Auswirkungen ab? In den

Blick genommen werden dabei jene Artikel der ERM-Kapitel, die sich auf den Handel mit und den Abbau von mineralischen Rohstoffen beziehen – also auf Metalle, Industrieminerale, Steine und Erden. Diese Bestimmungen gelten auch für Energierohstoffe. Artikel, die sich jedoch ausschließlich auf Energierohstoffe – zum Beispiel zu Offshore-Operationen im Bereich Öl und Gas – beziehen, sind nicht Bestandteil der Analyse. Auch energierechtliche Artikel – beispielsweise in Bezug auf Transit, Energietransportinfrastruktur, technischen Regulationen, Standards und Konformitätsprüfungen – werden nicht untersucht. Hier bedarf es einer eigenständigen Analyse.

Im Folgenden wird zunächst die Entstehung der ERM-Kapitel in den Kontext der Europäischen Rohstoffinitiative eingeordnet. Anschließend wird eine kurze Übersicht über aktuelle Verhandlungen von Handelsabkommen zwischen der EU und anderen Staaten gegeben, gefolgt von einem Überblick über den Status der Verhandlungen mit Australien, Chile, Indonesien, Mexiko, Neuseeland und Tunesien. Mit diesen sechs Staaten werden nach Kenntnisstand im Juni 2019 Verhandlungen über Handelsabkommen inklusive ERM-Kapitel geführt. Diese sechs Textvorschläge für ERM-Kapitel werden miteinander verglichen und kritisch auf die Einhaltung und Durchsetzung von menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards überprüft. Im Anschluss werden Anforderungen an eine demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige Rohstoff- und Handelspolitik formuliert.

2. Die Europäische Rohstoffinitiative (RMI)

2.1. Die RMI im Kontext des Diskurses um „Versorgungssicherheit“

Die Raw Materials Initiative (RMI) aus dem Jahr 2008 war und ist die politische Antwort der EU-Kommission auf den Diskurs rund um die „Versorgungssicherheit“ europäischer Industrien mit Rohstoffen. Europäische Unternehmen ringen, so die Erzählung, mit US-amerikanischen, südkoreanischen, japanischen, chinesischen und anderen Unternehmen um Rohstoffe. Tatsächlich hat sich die Ressourcenextraktion seit 1970 mehr als verdreifacht⁸. Zu den viel zitierten Gründen zählt das wirtschaftliche Wachstum in den BRICS-Staaten, allen voran China. Die Volksrepublik verzeichnet inzwischen 50 Prozent des globalen Rohstoffverbrauchs, wovon jedoch ein beachtlicher Teil das Land in Form von teilraffinierten metallischen Mineralien und Halberzeugnissen wieder verlässt. Globale Großinvestitionen in den Auf- und Ausbau von Infrastruktur und Wohnanlagen haben zu erheblichen Verbrauchssteigerungen bei Baurohstoffen wie Sand, Kies und Stein, aber auch Kupfer geführt. Die langsame Annäherung von materiellen Lebensstandards in Ländern des Globalen Südens an jene des Globalen Nordens schafft ebenfalls höhere Rohstoffbedarfe. All dies darf jedoch nicht davon ablenken, dass der Rohstoffverbrauch pro Kopf in den Industriestaaten nach wie vor mehr als doppelt so hoch ist als weltweit – und auch als jener in den BRICS-Staaten, wie die Abbildung 1 verdeutlicht.

Die in der Europäischen Union ansässigen Industrien spielen für die globale Nachfrage nach zahlreichen mineralischen Rohstoffen eine bedeutende Rolle. Bei Kupfer und Stahl sind die EU-Industrien der weltweit zweitgrößte Verbraucher – direkt nach jenen in der Volksrepublik China⁹. Und obwohl die EU-Staaten, global betrachtet, nicht mehr zu den wichtigen Produzenten (also Abbauländern) von Mineralien gehören, sind sie in der Produktion von Halberzeugnissen und Raffinadeprodukten nach wie vor relevante Akteure. So ist die EU der weltweit zweitgrößte Stahlproduzent. Auch in der Edelstahlproduktion verzeichnet die EU 35 Prozent der globalen Produktion. Darüber hinaus sorgten allein vier EU-Staaten – Belgien, Spanien, Polen und Deutschland – 2016 für insgesamt 8,5 Prozent der globalen Kupferproduktion¹⁰.

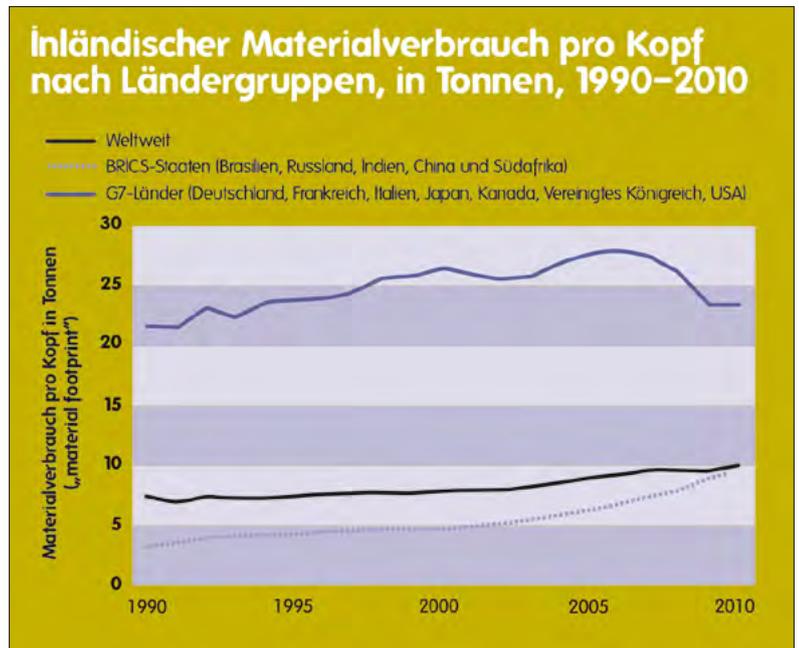


Abbildung 1: Die reichsten Länder der Welt verbrauchen etwa doppelt so viel wie der weltweite Durchschnitt.

Grafik: Gerda Decker für AG Globale Verantwortung, „Rohstoff- und Entwicklungspolitik im Widerspruch“, 2019. Quelle: UNEP, International Resource Panel (2017): Resource Efficiency: Potential and economic implications, S. 24

9

Die für die europäischen Industrien notwendigen mineralischen Rohstoffe stammen aus verschiedenen Quellen. Dazu zählt Schrott, der recycelt wird. Auch die EU-interne Mineralproduktion leistet einen, wenn auch geringen, Beitrag zur Deckung der heimischen Rohstoffnachfrage. Am weitaus relevantesten sind jedoch der direkte Import von Konzentraten aus ressourcenreichen Staaten sowie der Import von teilraffinierten metallischen Mineralien vor allem aus Japan und China. Zwischen ein Viertel und ein Fünftel der Rohstoffimporte der EU – bezogen auf den finanziellen Wert – stammen aus Industriestaaten. So importierte die EU 2017 insgesamt 23 Prozent ihrer Industriemineralien, 25 Prozent der metallischen Mineralien und 19 Prozent der teilraffinierten metallischen Mineralimporte aus Australien, Kanada, Japan, den USA und China¹¹. Der wesentlich größere Bestandteil – nämlich drei Viertel bis vier Fünftel – der Importe kommt aus Ländern im Globalen Süden. Besonders wichtig für den EU-Rohstoffbezug sind lateinamerikanische Staaten, gefolgt von den Staaten in Subsahara-Afrika.

Infokasten:**Die deutsche Rohstoffstrategie**

2010 verabschiedete die Bundesregierung die deutsche Rohstoffstrategie. Sie basiert auf den bereits 2007 vorgestellten „*Elementen einer Rohstoffstrategie*“, die „*auf der Grundlage eines intensiven Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik*“ entwickelt wurden¹⁷. Die Rohstoffstrategie enthält verschiedene Instrumente, mit denen die Bundesregierung deutsche Unternehmen bei der Beschaffung von Rohstoffen unterstützt. Dazu zählt die Einflussnahme auf die Handels- und Investitionspolitik der EU. So schreibt die Bundesregierung: „*Nicht zuletzt die rohstoffpolitische Diskussion in Deutschland hat dazu geführt, dass die EU-Kommission im Jahr 2008 eine EU-Rohstoffstrategie vorgelegt hat*“¹⁸.

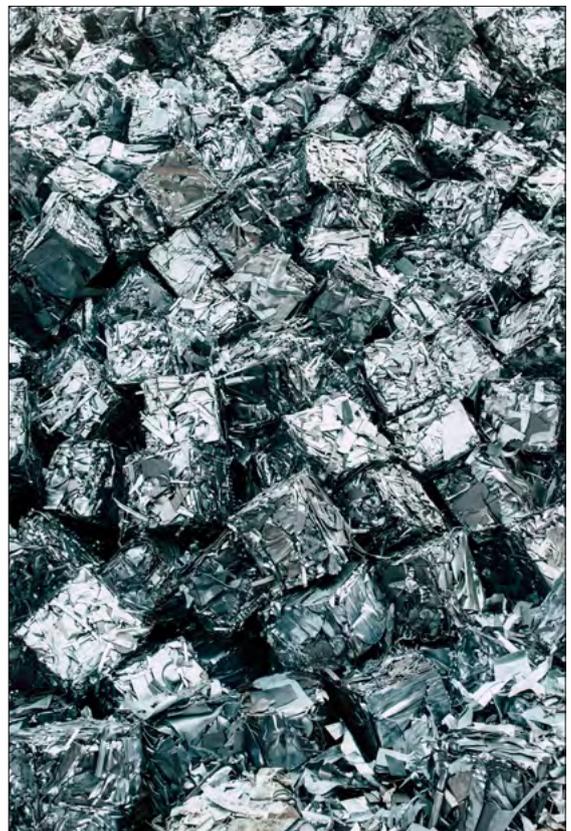
In der deutschen Rohstoffstrategie sichert die Bundesregierung zu, „*im Rahmen der EU-Handelspolitik nachdrücklich darauf [zu] drängen, dass den Verzerrungen im internationalen Rohstoffhandel noch konsequenter als bisher begegnet wird*“¹⁹. Für die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sei der Abbau von Exportbeschränkungen von zentraler Bedeutung. Armen und ärmsten Staaten solle lediglich „*eine gewisse Flexibilität wie Übergangsfristen beim Zollabbau eingeräumt werden*“, um alternative Einnahmequellen für den Staat aufzubauen²⁰. Mit Verweis auf die RMI begrüßt die Bundesregierung auch, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EU stärker „*an Rohstoffinteressen der Gemeinschaftsindustrien*“ ausgerichtet wird²¹.

Die Bundesregierung überarbeitet im Jahr 2019 die Rohstoffstrategie. Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen und gravierenden ökologischen Folgen des Bergbausektors fordern die im zivilgesellschaftlichen Arbeitskreis Rohstoffe zusammengeschlossenen Organisationen eine grundsätzliche Reform der Rohstoffstrategie. Zentrale Forderungen sind die absolute Reduktion des Rohstoffkonsums, die wirksame Umsetzung menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfalt entlang der Rohstofflieferketten sowie der Schutz der Zivilgesellschaft in den Abbauländern²². Im Anschluss daran muss die Bundesregierung ihren Einfluss auf die EU-Kommission geltend machen und sich für hohe Umwelt- und Sozialstandards in den Energie- und Rohstoffkapiteln der Handelsabkommen einzusetzen.

2.2 Die Maßnahmen der RMI

Im November 2008 veröffentlichte die Europäische Kommission die Mitteilung „*Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern*“¹². Schon 2011 folgte ein Update der RMI, das den Geltungsbereich ausweitete und mögliche Handlungsoptionen der EU detaillierter ausarbeitete. Mit der RMI möchte die EU-Kommission die Sicherung der Rohstoffe für die in der EU ansässigen Unternehmen zu möglichst günstigen Konditionen gewährleisten. Die innerhalb der RMI thematisierten Rohstoffe beziehen sich auf nicht-energetische Rohstoffe und beinhalten metallische Minerale, Industriemineralien, Baurohstoffe, Holz und Kautschuk. Ein besonderer Fokus der Initiative richtet sich auf kritische Rohstoffe wie Kobalt, Lithium und Seltene Erden. Sie werden als kritisch klassifiziert, weil die europäischen Industrien hier ein besonders hohes Versorgungsrisiko identifiziert haben.

Die Strategie basiert auf drei Säulen: 1.) der diskriminierungsfreie Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt, 2.) die dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen und 3.) die Senkung des Primärrohstoffverbrauchs in der EU. Die zweite und dritte Säule der RMI beziehen sich auf EU-interne Maßnahmen (Rohstoffabbau und



Alles Schrott? Die EU-Kommission muss höhere Sammel- und Recyclingquoten für Metalle einführen.

Photo: David Hofmann, Unsplash

Recycling in der EU fördern), die nur unzulänglich ausformuliert werden. Hingegen verweist die erste Säule ins Außen – und wird sehr konkret. Die EU hat die Kompetenz für Handels- und Investitionspolitik. Beides soll nun verstärkt für die Sicherung des Rohstoffbedarfs der europäischen Unternehmen genutzt werden. Auch das Instrument der Sanktionen gegen Drittstaaten soll genutzt werden. Denn: Viele rohstoffproduzierende Staaten hätten tarifäre wie nicht-tarifäre „Handelshemmnisse“ eingeführt, die den Zugriff auf Rohstoffe für europäische Industrien verteuern. Diese gelte es mit einer auf Liberalisierung drängenden Handelspolitik der EU aus dem Weg zu räumen.

In ihrer Mitteilung über die Implementierung der RMI aus dem Jahr 2014 berichtet die EU-Kommission über ihre dreigleisige Handelsstrategie. Diese bestehe aus folgenden Aspekten:

- Sicherstellung einer Übereinkunft zu optimalen internationalen Handelsregeln und zu Ausfuhrbeschränkungen in bilateralen und multilateralen Verhandlungen
- wirksame Durchsetzung internationaler Regelungen und Vorgehen gegen Handelsbeschränkungen im Wege des Dialogs in der Marktzugangsstrategie sowie über das Streitbeilegungsverfahren der Welthandelsorganisation (WTO)
- Sensibilisierung von Drittländern für handelspolitische Maßnahmen bei Rohstoffen und Entwicklung nachahmenswerter Verfahren über den bilateralen Dialog und in internationalen Foren wie den G8/G7, den G20, der OECD und der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD)¹³.

Die EU-Kommission geht in dieser Mitteilung ebenfalls auf mehrere Verhandlungen zu Free Trade Agreements (FTA) ein, die inzwischen teilweise bereits abgeschlossen wurden. Dazu zählen das Abkommen mit Singapur sowie das Abkommen mit Kanada – letzteres ist eines der wichtigsten Bergbauländer der Welt. Auch hier wurden nahezu alle Exportsteuern und Exportrestriktionen eliminiert. In Bezug auf andere FTA-Verhandlungen, darunter mit Indien, Malaysia, dem Mercosur, Vietnam und Thailand, schreibt die EU-Kommission 2014: „Es bleibt das Bestreben der EU, Ausfuhrzölle auf Industrierohstoffe aus dem Weg zu räumen, doch zeigen die ersten Runden der laufenden Verhandlungen, in welcher zunehmend schwieriger Lage sich die Gesprächspartner der EU befinden, von denen viele Ausfuhrzölle als Teil ihrer allgemeineren Wirtschaftspolitik einsetzen“¹⁴. Mit Ausnahme von Vietnam



Reduce, reuse, recycle – dafür braucht es gesetzliche Vorgaben! Photo: Martin Lissmyr, flickr

werden die genannten Abkommen derzeit nach wie vor verhandelt. Die Verhandlungen über das FTA mit Vietnam wurden inzwischen abgeschlossen; das Abkommen wird voraussichtlich im Juni 2019 unterzeichnet. Ergebnis der Verhandlungen: Vietnam wird 99 Prozent seiner Tariflinien eliminieren¹⁵. In den bilateralen Abkommen mit Peru und Kolumbien, die seit 2013 bereits vorläufig angewendet werden, befindet sich ebenfalls ein Verbot von Exportsteuern, das nur in wenigen Ausnahmen vorübergehend ausgesetzt werden darf.

Für die EU-Kommission sind dies „Erfolge“, die unmittelbar mit der RMI im Zusammenhang stehen. Denn bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Drittländern hätten sich Rohstoffe zum ersten Mal „an vorrangiger Stelle“ gefunden, schreibt die EU-Kommission in ihrer Mitteilung¹⁶. Die zentrale Bedeutung, die die EU-Kommission der „Versorgungssicherheit“ europäischer Industrien mit Energie und Rohstoffen beimisst, spiegelt sich also in den Maßnahmen der RMI wider. Diese hat schlussendlich den Weg bereitet für die Entstehung von Energie- und Rohstoffkapiteln in FTAs.

3. Handelsabkommen der EU – aktuelle Verhandlungen



Goldabbau in Kalgoorlie, Australien – ein massiver Eingriff in die Umwelt. Photo: Brian Voon Yee Yap, Wikipedia

12

Dezidierte Energie- und Rohstoffkapitel in FTAs gehörten zu den industriepolitischen Prioritäten der EU-Kommission zwischen 2015 und 2019²³. Auf der Website der EU-Kommission sind sechs Textvorschläge für diese Kapitel zu finden. Es handelt sich dabei um Bestandteile der Abkommen mit Australien, Chile, Indonesien, Mexiko, Neuseeland und Tunesien. Warum es in welchen Abkommen dezidierte Rohstoff- und Energiekapitel gibt, wird nicht öffentlich kommuniziert. So ist erstaunlich, dass CETA (Comprehensive and Economic Trade Agreement) kein ERM-Kapitel erhält, obwohl Kanada eines der wichtigsten Bergbauländer der Welt ist. Es wurde jedoch als eine von knapp 20 Arbeitsgruppen ein bilateraler Dialog zu Rohstoffen eingerichtet. Laut dem Bericht über das erste Treffen im November 2018 in Brüssel wurden vor allem Kooperationsvereinbarungen getroffen oder geplant. Die Themen drehten sich dabei unter anderem um Politiken rund um Angebot und Nachfrage von Rohstoffen; nachhaltige Wertschöpfungsketten, Best Practices im Bereich nachhaltiger Bergbau oder der gegenseitigen Stärkungen von Investitionen in Exploration und Abbau²⁴. Zu den Teilnehmenden gehörten Repräsentant*innen der EU-Kommission, Vertreter*innen verschiedener Ministerien und anderen Behörden der EU-Mitgliedsstaaten und Vertreter*innen der kanadischen Regierung. Bei Teilen des Treffens waren Repräsentant*innen des EU-Canada Raw Materials Stakeholders Forum präsent; vor allem verschiedene Industrieverbände aus dem

Bereich Bergbau und Recycling. Ein zweites, von der Agenda ähnliches Treffen folgte im März 2019 in Toronto²⁵. Das nächste soll im November 2020 stattfinden. Insgesamt lässt sich festhalten, dass es wenig Information über die Arbeitsgruppen in CETA gibt. Hier sollte nicht nur Transparenz geschaffen und Kontaktpersonen für alle Arbeitsgruppen öffentlich genannt, sondern diese Gruppen auch für europäische wie kanadische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) geöffnet werden.

Das Mercosur-Abkommen scheint ebenfalls kein ERM-Kapitel zu enthalten. Der Aspekt „Zugang zu Energie und Rohstoffen“ wurde bisher unter Güterhandel diskutiert. Dabei ging es unter anderem um ein striktes Verbot von quantitativen Exportrestriktionen²⁶. In dem jüngsten Bericht (Mai 2017) über die Verhandlungen zwischen der EU und den Philippinen, einem der wichtigsten Nischelexporteure der Welt, tauchen ERM ebenfalls nicht auf²⁷. Die EU-Kommission stellt jedoch entgegen ihres Transparenz-Vorhabens längst nicht alle relevanten Textvorschläge und Dokumente der Öffentlichkeit zur Verfügung. So wurde kein einziges Dokument zu den Verhandlungen mit Aserbaidschan, die seit 2017 geführt werden, auf der Website der Kommission veröffentlicht²⁸.

Derzeit sind Handelsabkommen unterschiedlicher Art zwischen der EU und insgesamt 36 anderen Staaten in Kraft²⁹. Mit 45 weiteren Staaten wurden Abkommen verhandelt, die „partly in place“ sind. Am bekanntesten ist hier das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) mit Kanada, das von einigen EU-Mitgliedsstaaten noch ratifiziert werden muss. Mit weiteren 25 Staaten hat die EU Abkommen verhandelt, deren Status gerade als „pending“ gilt. Dabei handelt es sich vor allem um Economic Partnership Agreements (EPAs) mit afrikanischen Staaten, die noch auf Unterzeichnung warten.

Keines der bisher in Kraft getretenen Abkommen enthält ein ERM-Kapitel. Diese sind jedoch Bestandteil der Textvorschläge von sechs Abkommen, die die EU derzeit mit Australien, Chile, Indonesien, Mexiko, Tunesien und Neuseeland verhandelt. Insgesamt führt die EU-Kommission aktuell mit 21 Staaten Verhandlungen über neue Abkommen; mit fünf Staaten werden Abkommen derzeit aktualisiert. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die derzeit geführten Verhandlungen von neuen Abkommen ebenso wie über die Ausweitung von bestehenden Abkommen.

3.1 Tabellarische Übersicht

Handels-und Investitionsabkommen: Verhandlungen der EU mit anderen Staaten			
Staat	Bezeichnung	Verhandlungsbeginn	ERM-Kapitel
Aserbaidshjan	Update of Partnership and Cooperation Agreement	Februar 2017	-
Argentinien (Mercosur)	Mercosur Association Agreement	Mai 2010 (Wiederaufnahme)	-
Australia	Australia Agreement	Juni 2018	http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157188.pdf
Bahrain (GCC)	Free Trade Agreement	1990 suspendiert seit 2008	-
Brasilien (Mercosur)	Mercosur Association Agreement	Mai 2010 (Wiederaufnahme)	-
Chile	Modernised trade part of Association Agreement	November 2017	http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/february/tradoc_156585.pdf
China	EU-China investment agreement	November 2013	-
Indien	Free Trade Agreement	2007 letzte Runde 2013	-
Indonesien	Free Trade Agreement	September 2016	http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/september/tradoc_156108.pdf
Katar (GCC)	Free Trade Agreement	1990 suspendiert seit 2008	-
Kuwait (GCC)	Free Trade Agreement	1990 suspendiert seit 2008	-
Malaysia	Free Trade Agreement	Oktober 2010 pausiert seit April 2012	-
Marokko	Update of Association Agreement to create a Deep and Comprehensive Free Trade Area	März 2013 pausiert seit April 2014	-
Mexiko	Modernisation of Global Agreement	Mai 2016 „agreement in principle“ im April 2018	http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/april/tradoc_156800.pdf
Myanmar	Investment protection agreement	2015	-
Neuseeland	New Zealand Agreement	Juni 2018	http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157202.pdf
Oman (GCC)	Free Trade Agreement	1990 suspendiert seit 2008	-
Paraguay (Mercosur)	Mercosur Association Agreement	Mai 2010 (Wiederaufnahme)	-
Philippinen	Free Trade Agreement	Dezember 2015	-
Saudi-Arabien (GCC)	Free Trade Agreement	1990 suspendiert seit 2008	-
Thailand	Free Trade Agreement	März 2013 keine Verhandlungsrunden seit 2014	-
Tunesien	Update of Association Agreement to create a Deep and Comprehensive Free Trade Area	Oktober 2013	http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157213.pdf
U.S.A.	Transatlantic Trade and Investment Partnership	2013 keine Verhandlungsrunden seit 2016	-
Uruguay (Mercosur)	Mercosur Association Agreement	Mai 2010 (Wiederaufnahme)	-
Vereinigte Arabische Emirate (GCC)	Free Trade Agreement	1990 suspendiert seit 2008	-

3.2 Handelsabkommen mit Energie- und Rohstoffkapiteln: Verhandlungsstand

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die jeweiligen Verhandlungen mit den sechs Staaten und die hierbei spezifischen Ziele der EU-Kommission gegeben.

Australien

Das Interesse der EU, die Importquellen von Rohstoffen zu diversifizieren, überschneidet sich mit dem Interesse Australiens, die Zielländer für Exporte zu diversifizieren. Metalle werden als ein Sektor genannt, der dezidiert von den FTA-Verhandlungen profitieren könnte. Die EU-Kommission hat während der ersten Verhandlungsrunde mit Australien im Juli 2018 ihren Textvorschlag für ein ERM-Kapitel vorgestellt. Dieser wurde bei der zweiten Verhandlungsrunde in Canberra im November 2018 ausführlicher diskutiert³⁰. Details der Diskussionen sind nicht öffentlich; von Differenzen ist in den Berichten nicht die Rede.

Zwischen der EU und Australien gibt es bisher kein FTA.

Neuseeland

Die Verhandlungsrichtlinien des EU-Rats für ein FTA mit Neuseeland, veröffentlicht im Juni 2018, beinhalten in Bezug auf ERM dieselben Ziele wie jene für das FTA mit Australien. Als Rohstofflieferant für die EU spielt Neuseeland keine bedeutende Rolle; Metalle werden auch nicht explizit als ein Sektor genannt, der von den Verhandlungen profitieren könnte. In dem Bericht über die dritte Verhandlungsrunde, die im Februar 2019 in Brüssel stattgefunden hat, heißt es in Bezug auf ERM, dass sich

die Diskussion auf Bestimmungen fokussierte, die mit nachhaltiger Entwicklung in Zusammenhang stünden (etwa Umweltverträglichkeitsprüfungen, der Förderung Erneuerbarer Energien sowie der Reduktion der Subventionierung von fossilen Energieträgern)³¹.

Zwischen der EU und Neuseeland gibt es bisher kein FTA.

Chile

Die Verhandlungsrichtlinien des EU-Rats für das EU-Chile-Abkommen wurden im November 2017 veröffentlicht. Diese sind mitunter etwas schärfer formuliert als jene für Australien und Neuseeland. Neben der Sicherung eines „*offenen, transparenten, nichtdiskriminierenden und vorhersehbaren Geschäftsumfelds*“ und der Begrenzung von „*wettbewerbswidrigen Praktiken*“ sollen auch explizit Local-Content-Bestimmungen angegriffen werden³². Local-Content-Bestimmungen können in Chile die lokale Wertschöpfung fördern, sollen aus Sicht der EU-Kommission jedoch aus dem Weg geräumt werden. Darüber hinaus soll der „*uneingeschränkte Zugang*“ zu Rohstoffen erreicht werden. Energie und Rohstoffe machen 60 Prozent der Exporte von Chile in die EU aus; in beiden Sektoren investieren außerdem EU-Unternehmen in Chile maßgeblich.

Die EU und Chile haben bereits 2002 ein Association Agreement abgeschlossen, das ein umfassendes FTA beinhaltet. Dieses ist 2003 in Kraft getreten. Bei den derzeitigen Verhandlungen geht es um eine „*Modernisierung*“ des Handelspart dieses existierenden EU-Chile Association Agreements. Im Februar 2018, einen Monat nach der zweiten Verhandlungsrunde, hat die EU-Kommission den Textvorschlag für das ERM-Kapitel veröffentlicht³³. In dem Bericht über die dritte Verhandlungsrunde heißt es in Bezug auf ERM, dass bei diversen, von der EU-Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen, z. B. doppelte Preisnotierung und Exportmonopole abzuschaffen, noch „*Differenzen überwunden*“ werden müssten³⁴.

Indonesien

Im Juli 2016 haben die EU und Indonesien Verhandlungen über ein FTA aufgenommen. Seitdem haben sechs Verhandlungsrunden stattgefunden. Das FTA wäre das erste Handelsabkommen zwischen der EU und Indonesien. Bisher haben unter dem Framework Agreement on Comprehensive Partnership and Co-operation, das 2009 unterzeichnet wurde und 2014 in Kraft getreten ist, verschiedene politische Dialoge und sektorale Kooperation stattgefunden. Derzeit kommen ca. 30



Kupferabbau in Chile. Photo: zwansaurio, flickr

Prozent der Importe aus Indonesien aufgrund des Generalised Scheme of Preferences (GSP) zu günstigeren Bedingungen auf den EU-Markt.

Indonesien ist eines von zehn Mitgliedern der Association of South East Asian Nations (ASEAN). Ziel der EU ist es, perspektivisch ein EU-ASEAN Abkommen zu verhandeln. Die bilateralen Verhandlungen mit verschiedenen ASEAN-Staaten werden als wichtige Schritte auf diesem Weg betrachtet. Die EU hat neben Indonesien mit fünf weiteren Staaten in der Region Verhandlungen aufgenommen, und zwar mit Singapur (2010), Malaysia (2010; pausiert auf Wunsch Malaysiens seit 2012), Vietnam (2012), Thailand (2013) und den Philippinen (2015). Zwei dieser Verhandlungen wurden bereits abgeschlossen: Jenes mit Singapur (2014) und das mit Vietnam (2015).

Mexiko

Mexiko war 1997 der erste lateinamerikanische Staat, der mit der EU ein „*Economic Partnership, Political Coordination and Cooperation Agreement*“ unterzeichnet hat. Dieses „*Global Agreement*“ genannte Abkommen trat 2000 in Kraft und umfasste nicht nur Aspekte des Handels, sondern auch des politischen Dialogs und der Kooperation. 2013 wurde auf dem Summit der EU und der Community of Latin American and Caribbean States beschlossen, Optionen für ein umfassendes „*Update*“ des Global Agreement zu prüfen. Im Mai 2016 wurden die Verhandlungen hierfür aufgenommen; im April 2018 kam es zu einem „*agreement in principle*“ bzgl. des Handelsteils. Das neue Abkommen wird, sobald es ratifiziert ist, das existierende EU-Mexiko Global Agreement ersetzen³⁵.

Nach dem „*agreement in principle*“ zwischen der EU-Kommission und Mexiko am 21. April 2018 hat die EU-Kommission verschiedene Texte des Handelsteils von dem Abkommen veröffentlicht und die Ergebnisse der Verhandlungen in einem Dokument zusammengefasst³⁶. Auch hier wird das Verbot von Exportrestriktionen als eines der wichtigsten Ziele des ERM-Kapitels benannt, „*einschließlich der Eliminierung von allen Zöllen (oder anderen Maßnahmen mit gleichem Effekt)*“³⁷. Exportmonopole würden verboten ebenso wie „*ungerechtfertigte Interventionen*“ seitens der Regierung in Bezug auf das Setzen von Preisen für Energiegüter und Rohstoffe für industrielle Verbraucher. Energiegüter machen derzeit zwischen 16 und 28 Prozent (je nach internationalen Preisen) von Mexikos Güterexporten in die EU aus. Der Strom würde so für die Verbraucher*innen in der EU günstiger, und die EU-Industrie sei nicht mehr „*benachteiligt*“. Stattdessen können sie ihre



Ein Bergarbeiter in Indonesien.
Photo: Parolan Harahap, Flickr

Energiequellen diversifizieren. Mexiko weist die drittgrößten Gasreserven in den Amerikas auf.

Tunesien

Im Oktober 2015 haben die EU und Tunesien Verhandlungen über ein Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) aufgenommen. Das DCFTA baut auf dem bereits existierenden Association Agreement auf, das 1998 in Kraft getreten ist. Im April 2016 hat die erste von bisher drei Verhandlungsrunden stattgefunden. In dem Bericht über die dritte Verhandlungsrunde (Dezember 2018 in Brüssel) heißt es in Bezug auf ERM, dass die beiden Parteien den Textvorschlag der EU ein zweites Mal diskutiert hätten. Es gäbe Übereinstimmungen ebenso wie Dispositionen, die Tunesien noch „*Schwierigkeiten*“ bereiten und mit der Regulierung dort nicht übereinstimmen. Die EU würde nun die Vorschläge Tunesiens für Veränderungen im Textvorschlag in Betracht ziehen, um mit den Verhandlungen voranzukommen³⁸. In Bezug auf den Marktzugang, Import- und Exportlizenzen, Exportsteuern und anderen Aspekten gäbe es noch viele ungeklärte Fragen³⁹.

Der Vorschlag für das ERM-Kapitel mit Tunesien bezieht sich vor allem auf den Energiesektor. Tunesien habe großes Potential, um Erneuerbare Energien zu produzieren. Aber auch in Bezug auf natürliche Rohstoffe wird von der Notwendigkeit eines fairen, wettbewerbsfähigen Zugangs gesprochen.

4. Die Inhalte der ERM-Kapitel

Die grundsätzliche Zielsetzung der ERM-Kapitel steht in dem ersten Artikel der jeweiligen Kapitel: Handel und Investitionen in den Bereichen Energie und Rohstoffe sollen erleichtert sowie Verbesserungen im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit erreicht werden⁴⁰. In einer Explanatory Note der EU-Kommission zu dem ERM-Kapitel im Abkommen mit Tunesien werden diese Ziele ausführlicher benannt. Das Kapitel soll:

- den Zugang zu Energie und Rohstoffen fördern
- nachhaltige Entwicklung (insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien) fördern
- Transparenz und Fairness in der Lizenzgebung für Exploration und Produktion verbessern (als ein Mittel, um vorteilhafte Investitionsbedingungen und gute Regierungsführung sicherzustellen)
- technische Barrieren für Handel und Investitionen im Energiesektor eliminieren, die nicht gerechtfertigt sind⁴¹.

Diese Ziele gelten im Wesentlichen für alle ERM-Kapitel. Sie lassen sich auch aus den jeweiligen Verhandlungsrichtlinien des EU-Rats ableiten. So heißt es in den Verhandlungsrichtlinien des EU-Rats für das Abkommen mit Australien, dass dieses in Bezug auf ERM darauf abziele, ein „offenes, transparentes,

nichtdiskriminierendes und vorhersehbares Geschäftsumfeld zu schaffen und wettbewerbswidrige Praktiken zu begrenzen“. Regeln für die Exploration sowie für die Lizenzvergabe (Exploration und Produktion) sollen etabliert werden, ebenso wie Regeln für den Marktzugang und nichtdiskriminierende Regeln für den Zugang von Dritten zu Energienetzwerken. Darüber hinaus soll das Abkommen Regeln beinhalten, die Handel und FDI im Sektor Erneuerbare Energien (EE) erleichtern. Die Kooperation in allen genannten Bereichen soll gefördert werden wie auch die Entwicklung einer nachhaltigen, CO₂-armen Wirtschaft⁴².

Diese Ziele finden sich, übersetzt in juristische Sprache, in den einzelnen Artikeln der ERM-Kapiteln wieder. Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer Ausgestaltung maßgeblich in Bezug auf ihre Verbindlichkeit – so gibt es Artikel, die rechtlich bindende Vorgaben machen, aber auch Artikel, die rechtlich nicht bindend sind, sondern Bekenntnisse oder Vorhaben zum Ausdruck bringen.

Die sechs ERM-Kapitel in den Abkommen mit Australien, Chile, Indonesien, Mexiko, Neuseeland und Tunesien unterscheiden sich darüber hinaus auch in ihrer Reichweite. Während sie sich im Aufbau sehr ähneln und mitunter deckungsgleich sind (Australien und Neuseeland), enthalten einige der Textvorschläge mehr Bestimmungen und Bekenntnisse als andere. Auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen ERM-Kapitel wird im Folgenden eingegangen. Alle Artikel mit Bezug zu mineralischen Rohstoffen werden vorgestellt und analysiert.

4.1 Verbot von Import- und Exportbeschränkungen, Monopolbildung und Preisregulation

Die Eliminierung von Exportzöllen und anderen Exportbeschränkungen ist seit langem ein wichtiges Ziel der EU-Kommission, wie auch oben mit Verweis auf die RMI ausgeführt. In dem letzten Artikel („Kooperationen“) der ERM-Kapitel verabreden sich die Vertragsparteien zur Zusammenarbeit, um Maßnahmen in Drittstaaten, die den Handel oder Investitionen im Energie- und Rohstoffsektor „verzerren“, zu reduzieren bzw. zu eliminieren. Dies wird den Druck auf andere Staaten, ihre Exportbeschränkungen abzuschaffen, weiter erhöhen.

16



Die ERM-Kapitel sollen bessere Investitionsbedingungen schaffen – damit noch mehr abgebaggert wird.
Photo: Parolan Harahap, Flickr

Die ERM-Kapitel selbst sind freilich ein zentraler Baustein für die Eliminierung von Exportzöllen in vielen Staaten, wie unten weiter ausgeführt wird. Grundsätzlich greifen die ERM-Kapitel stark in den wirtschaftspolitischen Spielraum der einzelnen Staaten ein. So enthalten alle sechs Textvorschläge für die ERM-Kapitel gleich zu Beginn einen Artikel zu **Import and export monopolies**. Hier legen sich die Vertragsparteien darauf fest, dass keine Partei Import- oder Exportmonopole ausweisen oder beibehalten darf. Das bedeutet, dass keine der beiden Vertragsparteien einer anderen Entität das exklusive Recht verleihen darf, Energiegüter oder Rohstoffe von der Partei zu importieren, oder Energiegüter und Rohstoffe zu dieser Partei zu exportieren.

Fünf der sechs ERM-Kapitel – Australien, Chile, Mexiko, Neuseeland, Tunesien – enthalten einen Artikel zu **Domestic pricing**. Dieser legt fest, dass die Vertragsparteien den Preis des Inlandsangebots von Strom und Gas im Großhandel nicht regulieren dürfen. Wenn die Parteien sich entscheiden, den Preis des Inlandangebots von Energiegütern und Rohstoffen zu regulieren (erneut: Strom und Gas im Großhandel sind ausgenommen), darf dies nur mittels der Einführung einer Universal-Service-Verpflichtung geschehen.

Wird eine Universal-Service-Verpflichtung eingeführt, muss gewährleistet werden, dass diese (a) klar definiert, transparent und „angemessen“ ist; und dass die Kategorien der Vertragsbegünstigten („beneficiaries“) spezifiziert werden. Außerdem muss sie (b) zeitlich limitiert sein und darf nicht fortgeführt werden, so bald die Umstände oder Ziele, die zu ihrer Einführung geführt haben, nicht länger existieren. Die Vertragspartei, die den Preis reguliert, muss die Methode, die der Kalkulation des regulierten Preises unterliegt, veröffentlichen, bevor sie in Kraft tritt.

Dieselben fünf der sechs ERM-Kapitel – Australien, Chile, Mexiko, Neuseeland, Tunesien – enthalten auch einen Artikel zu **Export pricing**. Dieser legt fest, dass keine Partei von der anderen Partei einen höheren Preis für die Exporte von Energiegütern und Rohstoffen verlangen darf als jener Preis, der für diese Güter auf dem heimischen Markt verlangt wird. Jegliche Maßnahmen, die zu einem anderen Preis führen könnten, etwa Lizenzen oder Mindestpreisforderungen, werden ausgeschlossen.

Nur der Textvorschlag für das ERM-Kapitel mit Indonesien enthält die beiden genannten Artikel zu *domestic* und *export pricing* nicht. Indonesien widersetzt sich in den Verhandlungsrunden mit der EU-Kommision



Exportrestriktionen kommen unter die Räder.
Photo: Michal Pech, Unsplash

konsequent deren Bestreben, diese Artikel einzuführen. So schreibt die EU-Kommission nach der fünften Verhandlungsrunde (Juli 2018): „Exportzölle auf Rohstoffe sind weiterhin ein Thema, wo es substantielle Differenzen gibt“⁴³. In der darauffolgenden Verhandlungsrunde (Oktober 2018) sind ERM kein eigener Punkt. In Bezug auf Güterhandel heißt es jedoch:

Die Diskussionen fokussierten sich darauf, in Bezug auf Tariflinien weitere Klärungen zu erreichen und Sensibilitäten zu erkunden. Es gab bescheidenen Fortschritt bei dem Text zu Güterhandel. In Bezug auf Energie und Rohstoffe gab es konstruktiven Austausch zu relevanten Exportmonopolen. Exportzölle und Exportrestriktionen bleiben jedoch ein schwieriges Thema“⁴⁴.

Bereits nach der dritten Verhandlungsrunde zum FTA mit Indonesien hatte die EU-Kommission in einer *Explanatory note* (September 2017) ihr Ziel bekräftigt, Exportrestriktionen im Bereich Rohstoffe und Energie grundsätzlich abzuschaffen:

Die EU ist der Ansicht, dass die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) die Belange rund um die internationale Produktion von und den Handel mit Rohstoffen und Energie nicht vollständig darstellen [...]. Während das Regelwerk der WTO strenge Regeln beinhaltet, um Importbarrieren anzugreifen, sind die Regeln in Bezug auf Exportbarrieren schwächer. Dies hat Energie und Rohstoffe insofern beeinflusst, als dass es in diesem Bereich auf der Exportseite einschlägige Handelsrestriktionen gibt“⁴⁵.

So will die EU-Kommission spezifische Regeln für Energie und Rohstoffe schaffen, wenn diese nicht bereits ausreichend durch andere Bestimmungen in einem FTA reguliert werden. Diese Regeln gehen über bestehende WTO-Bestimmungen (insbesondere von GATT und GATS) hinaus⁴⁶. Für Indonesien wiederum können Exportzölle vergleichsweise leicht zu generierende Einnahmen für den Staat darstellen, die darüber hinaus die Ansiedlung von weiterverarbeitender Industrie im Rohstoffsektor fördern könnten. Doch die indonesische Regierung hat in dem neuen Bergbaugesetz, das 2014 in Kraft trat, nicht nur Exportzölle, sondern auch Exportrestriktionen – bis hin zu Exportverboten – für verschiedene Erze und Metalle eingeführt. Noch im Dezember 2018 bekräftigte der indonesische Präsident Joko Widodo die wirtschaftliche Notwendigkeit, den Downstream-Sektor im Land zu entwickeln. Als Beispiel nannte er, dass in Indonesien Bauxit abgebaut und dann im Ausland – wertschöpfend – zu Aluminium weiterverarbeitet wird. Das Aluminium wird wiederum von indonesischen Unternehmen importiert⁴⁷. So werden Exportrestriktionen wohl auf lange Sicht ein äußert umstrittener Punkt zwischen der EU-Kommission und der indonesischen Regierung sein, wie auch der

Bericht über die jüngste Verhandlungsrunde im März 2019 offenbart⁴⁸.

Die genannten Artikel zu Preisstrukturen, Monopolbildung sowie Exportzöllen und –beschränkungen gehören zu den erwartbaren Bestandteilen eines FTAs und somit auch der ERM-Kapitel – erwartbar insofern, als dass es der ursprüngliche Sinn eines Handelsabkommens ist, Zölle abzubauen, um den Kauf und Verkauf von Waren über staatliche Grenzen hinweg zu fördern und günstiger zu machen. Die im Folgenden geschilderten Bestandteile der ERM-Kapitel weisen auf Artikel hin, die in ihrer regulatorischen Reichweite über „klassische“ Handelsthemen hinausgehen.

4.2 Verfügbarkeit von Flächen sowie Vergabe von Lizenzen für Exploration und Abbau

Zu Beginn des ERM-Kapitels bekräftigt ein Artikel (**Principles**) das souveräne Recht beider Vertragsparteien, zu entscheiden, welche Bereiche ihrer Territorien – inklusive Inseln, Gewässern, exklusiven Wirtschaftszonen und Kontinentalschelfen – für die Exploration und Produktion von Energiegütern und Rohstoffen verfügbar sind. Mit Verweis auf die Präambel des Abkommens wird das Recht der Parteien, zu regulieren, bekräftigt. Die Parteien behalten das Recht, Maßnahmen einzuführen, beizubehalten oder durchzusetzen, die für die Sicherung der Beschaffung von Energiegütern und Rohstoffen notwendig sind – sofern diese Maßnahmen, also das Recht zu regulieren, mit den anderen Teilen des Abkommens übereinstimmen. Dieser Artikel befindet sich in allen Textvorschlägen mit Ausnahme von jenem für das ERM-Kapitel im FTA EU-Indonesien. Doch die Inhalte – das Recht zu regulieren und darüber zu entscheiden, welche Territorien für Exploration und Abbau verfügbar sind – werden in einer *Explanatory Note* der EU-Kommission zu den Verhandlungen mit Indonesien bekräftigt⁴⁹.

Ein Artikel in den ERM-Kapiteln befasst sich mit der **Authorisation for exploration and production of energy goods [hydrocarbons; electricity] and raw materials**. Er verweist auf Artikel des Kapitels zu Domestic Regulation, die jedoch noch nicht benannt werden. Eine Partei muss, wenn sie eine Lizenz für die Exploration oder Produktion von Energiegütern oder Rohstoffen vergibt, mit den Konditionen und der festgelegten Vorgehensweise dieser Artikel übereinstimmen.

Der Artikel legt die Vorgehensweise für die Ausschreibung fest. Vertragsparteien müssen die jeweiligen Lizenzarten, die dafür relevanten Bereiche sowie den für das Erteilen der Lizenz vorgesehenen zeitlichen Rahmen



Es muss demokratisch darüber entschieden werden, welche Flächen zum Rohstoffabbau zur Verfügung stehen. Photo: Curioso Photography, Unsplash

veröffentlichen – auf eine Art und Weise, die potentiellen Interessenten ermöglicht, eine Bewerbung einzureichen. Die Vertragsparteien können von den Entitäten, denen eine Lizenz erteilt wurde, einen finanziellen Betrag oder Sachleistungen verlangen. Die Höhe dieses Betrags oder Art der Sachleistungen müssen derart gestaltet sein, dass sie nicht störend auf das Management und den Entscheidungsprozess jener Entität einwirken, der die Lizenz erteilt wird. Die Vertragsparteien müssen gewährleisten, dass den Bewerbern die Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung mitgeteilt wird. Den Bewerbern muss ermöglicht werden, Rechtsmittel geltend zu machen, um dies zu überprüfen und potentiell anzufechten. Die dafür notwendige Vorgehensweise soll im Vorfeld veröffentlicht werden.

In dem Textvorschlag für das ERM-Kapitel im FTA EU-Indonesien wird der Geltungsbereich des Artikels ausgeweitet auf Forestry Goods (Artikel 2; „*Authorisation for Exploration and Production of Energy Goods [Hydrocarbons; Electricity], Raw Materials [Ores and Concentrates] and Forestry Goods*“⁵⁰). Hingegen ist der Artikel 6 in dem ERM-Kapitel mit Mexiko beschränkt auf die Exploration und Produktion von Energiegütern, gilt also nicht für Rohstoffe.

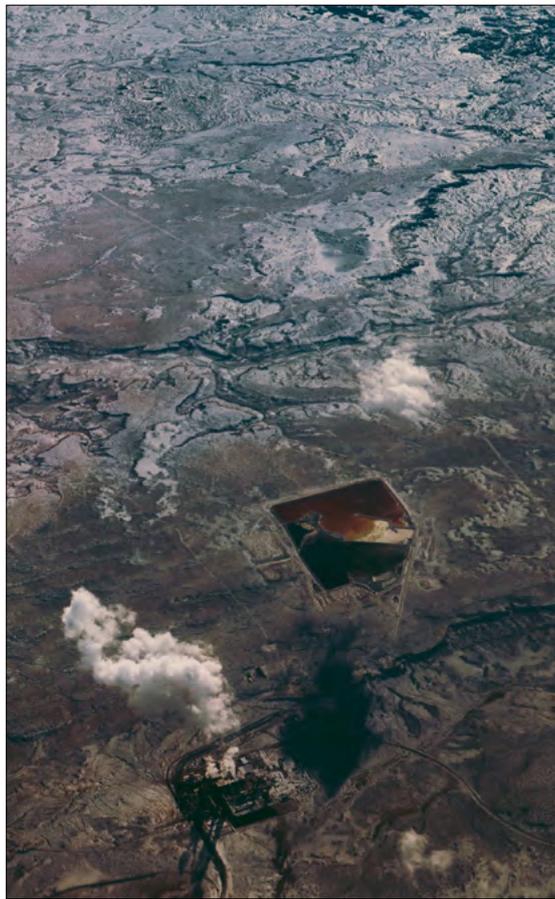
In einer *Explanatory Note* der EU-Kommission zu dem ERM-Kapitel mit Tunesien wird auf das Grundprinzip des souveränen Rechts von Staaten, über den Abbau von natürlichen Ressourcen zu entscheiden, eingegangen:

*Die Verhandlungen müssen das Prinzip respektieren, dass jede Partei Souveränität über die eigenen natürlichen Ressourcen ausübt. Dies bedeutet, dass zukünftige Handelsregeln in diesem Bereich nicht Entscheidungen beeinträchtigen, die eine Regierung bzgl. der Frage, ob eine bestimmte natürliche Ressource abgebaut werden darf, getroffen hat*⁵¹.

Doch dann folgt sofort die Einschränkung:

*Sobald jedoch die Entscheidung getroffen wurde, ein Vorhaben zu genehmigen, werden die Regeln des DCFTA Wettbewerb und Investitionen fördern und den offenen, nicht-diskriminierenden Zugang zu Energie und Rohstoffen sicherstellen*⁵².

Diese Aussage scheint Besorgnis erregend. Sobald von einer Behörde – fern jeglicher demokratischer Kontrolle – eine Lizenz zu Erkundung oder Abbau erteilt wurde, wird es unter Bestehen des FTAs kaum noch möglich sein, diese wieder zurückzunehmen – oder nur unter der Last hoher



Hohe Umweltstandards dürfen nicht als "Gefahr" für Investoren betrachtet werden.

Photo: Alex Knickerbocker, Unsplash

Schadensersatzforderungen, wie es derzeit Rumänien widerfährt. Insbesondere in Verbindung mit den ICS/ISDS-Bestimmungen, die viele Abkommen enthalten, ist dies eine maßgebliche Bedrohung für progressive Umwelt- und Sozialstandards. Das Investor-Staat-Schiedsverfahren (Englisch: Investor-State-Dispute-Settlement; ISDS) ermöglicht Unternehmen, Staaten vor intransparenten, außerstaatlichen Gerichten auf Entschädigungszahlungen zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze oder Regulierungen – etwa im Umwelt-, Arbeit- oder Sozialbereich – gefährdet sehen. Von den der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) derzeit bekannten 942 ISDS-Fällen haben 395 Fälle einen Bezug zu Umwelt und Rohstoffen. Sie kommen aus den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau, Elektrizität/Gas oder Wassermanagement – haben also einen Bezug zu Umwelt und Rohstoffen. 222 dieser Fälle wurden bereits entschieden⁵³. Das folgende Beispiel illustriert kurz die potentielle Gefahr der in den ERM-Kapiteln festgelegten Bestimmungen.

Exkurs: Gabriel Resources versus Rumänien



Blick auf den Ort Rosia Montana.
Photo: Jeremy Oestreich, PowerShift

20

1995 wählte Gabriel Resources das Gebiet von Roşia Montană in den rumänischen Karpaten aus, um hier Europas größte Goldmine entstehen zu lassen⁵⁴. Gabriel Res. versprach sich rund acht Milliarden US Dollar Profit von der Mine. Dafür sollten rund 2.000 Menschen umgesiedelt werden, die wenig von der Mine profitieren würden. Stattdessen drohte wegen der geplanten Verwendung des hochgiftigen Natriumcyanid bei der Gewinnung des Goldes verheerende Umweltzerstörung.

Als der Bergbaukonzern von der damaligen rumänischen Regierung eine Konzession zum Betrieb eines Tagebaus in Roşia Montană erhalten hatte, wurde mit der Ablöse von Häusern und Grundstücken sowie mit Abrissarbeiten begonnen. Gegen dieses Projekt begann sich jedoch öffentlicher Widerstand zu regen. Im Herbst 2013 gingen über mehrere Wochen hinweg jeden Sonntag in 50 rumänischen Städten jeweils 30.000 Menschen auf die Straße. Auf Druck der Öffentlichkeit stoppte die rumänische Regierung das Projekt.

Nachdem der CEO von Gabriel Resources bereits 2013 mit einer ISDS-Klage gedroht hatte, kontaktierte der Konzern Anfang 2015 offiziell die rumänische Regierung und drohte mit einer ISDS-Klage, sollte das Projekt

nicht doch noch bewilligt werden. Sechs Monate später reichte Gabriel Resources Klage auf Schadenersatzersatz von Rumänien beim Schiedsgericht ICSID (dem International Centre for Settlement of Investment Disputes der Weltbank) ein⁵⁵.

Gabriel nennt „ständige Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren“, den „Antrag Rumäniens, Roşia Montană in die Liste der UNESCO-Weltkulturerbe aufzunehmen“, und die „Politisierung“ des Genehmigungsprozesses als Beispiele für die unfaire Behandlung, die dem Konzern widerfahren sei. Des Weiteren beruft sich das Unternehmen auf die Verletzung der Klauseln zur „indirekten Enteignung“ und zu „Diskriminierung“. Im Hinblick auf Enteignung argumentiert Gabriel Resources dass verschiedene Handlungen, aber auch Untätigkeiten der rumänischen Regierung „den Betrieb der Mine blockiert und verhindert haben“.

Das Unternehmen klagt auf Grundlage der bilateralen Investitionsschutzabkommen (BIT) Rumäniens mit Kanada und mit dem Vereinigten Königreich. Gabriel bezieht sich in der Klage auf die Klausel zum „Fair and Equitable Treatment“, also die faire und gerechte Behandlung (FET). Diese erlaubt Investoren eine sehr weitreichende Auslegung darüber, was „fair und gerecht“ ist. Konzerne berufen sich deshalb besonders häufig bei ihren Klagen auf die FET-Klausel und sind damit auch besonders erfolgreich: Bei 75 Prozent der von US-Konzernen gewonnenen Klagen wurde mit einer Verletzung der FET-Klausel argumentiert⁵⁶.

Noch ist der Ausgang des Verfahrens ungewiss, allerdings hat die rumänische Regierung im Juni 2018 darum gebeten, den Aufnahmeprozess Rosia Montanas in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes zu stoppen. Der zuständige rumänische Kulturminister bezog sich in seiner Begründung direkt auf die laufende Klage von Gabriel Res.

4.3 Umweltverträglichkeitsprüfung

Drei der sechs ERM-Kapitelentwürfe – jene für Australien, Neuseeland und Tunesien – enthalten einen Artikel zum **Assessment of environmental impact** (Umweltverträglichkeitsprüfungen; UVP). Die Vertragsparteien müssen gewährleisten, dass eine UVP durchgeführt wird, bevor einem Projekt für die Produktion von Energiegütern oder Rohstoffen eine Lizenz erteilt wird, wenn das Projekt signifikante Auswirkungen auf die Umwelt haben könnte. In der UVP sollen die signifikanten Auswirkungen des Projekts identifiziert und, soweit angemessen, abgeschätzt werden, und zwar in Bezug auf: a) die Bevölkerung und menschliche Gesundheit; b) Biodiversität; c) Land, Erde, Wasser, Luft und Klima; (d) kulturelles Erbe und Landschaft. Letzteres beinhaltet auch die zu erwartenden Auswirkungen, wenn es zu größeren Katastrophen käme, sofern das Projekt diesbezüglich riskant scheint.

Die Vertragsparteien sollen gewährleisten, dass es frühe, effektive Möglichkeiten sowie angemessene Zeiträume für die Partizipation aller interessierten Parteien (inklusive relevanter NGOs) an der UVP gibt. Die Vertragsparteien sollen die Ergebnisse der UVP berücksichtigen. Die Ergebnisse dieses Prozesses – also der Partizipation und Kommentierung durch alle interessierten Parteien – sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, bevor eine Lizenz für ein Projekt erteilt wird. Die Ergebnisse der UVP sollen der Öffentlichkeit auf „*angemessene Weise*“ zugänglich gemacht werden.

Für das Forschungsprojekt STRADE (Strategic Dialogue on Sustainable Raw Materials for Europe) verweist der Artikel zur UVP auf das Bestreben der EU-Kommission und Australien, sicherzustellen, dass ähnliche Best Practice Standards verfolgt werden. Zu diesem Zeitpunkt seien in beiden Regionen relativ stringente UVP-Bestimmungen in Kraft. Indem diese in ein FTA mitaufgenommen werden, erkennen beide Parteien ihre gemeinsame Herangehensweise zu diesen Fragen an. Vor allem aber spiegelt der UVP-Artikel die Bemühungen der EU wider, alle ihre bevorstehenden Handelsabkommen mit Umweltthemen zu verbinden⁵⁷.

Es handelt sich also vielmehr um ein Bekräftigen bereits bestehender Regeln. Darüber hinaus lässt sich jedoch auch beobachten, dass der Artikel zu UVP recht vage ausgestaltet ist. Eine UVP soll nur durchgeführt werden, wenn ein Projekt „*signifikante*“ Auswirkungen haben könnte. Die Ergebnisse der UVP müssen lediglich „*berücksichtigt*“ werden („*take into*

account“). Darüber hinaus soll es Möglichkeiten für Partizipation und Kommentierung, unter anderem seitens der Zivilgesellschaft, geben. Das Resultat dieses Prozesses soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden – nicht jedoch die Ergebnisse der UVP selbst; diese müssten nur „*auf angemessene Weise*“ veröffentlicht werden.

Die in den ERM-Kapiteln vorgesehenen Verpflichtungen zu UVP sollten nicht weniger verbindlich und weitreichend ausgestaltet sein als jene, die in der ESPOO-Konvention festgelegt wurden. Diese Konvention, unterzeichnet 1991 in Espoo (Finnland), ist ein Instrument der UN-Wirtschaftskommission für Europa. Sie regelt die Beteiligung an UVP-Verfahren, wenn ein Projekt grenzüberschreitende Auswirkungen hat (also beispielsweise ein Projekt auf deutschem Territorium Auswirkungen auf Gebiete in Polen hat).

Insgesamt haben sich UVP in der Vergangenheit jedoch selten als ein effektives Mittel gezeigt, um die potentiellen negativen Umwelt- und Sozialfolgen zu minimieren oder Abbauprojekte gar zu verhindern. Nichtsdestotrotz sollte eine UVP ein verpflichtender Bestandteil des Prozesses der Vergabe von Lizenzen sein. So ist es Besorgnis erregend, dass nur drei der sechs Textvorschläge für ERM-Kapitel einen entsprechenden Artikel beinhalten, der die Vertragsparteien dazu verpflichtet, eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen, bevor eine Abbaulizenz erteilt wird. Dabei handelt es sich um die Textvorschläge für die ERM-Kapitel mit Australien, Neuseeland und Tunesien. In den Textvorschlägen für die ERM-Kapitel mit Chile, Mexiko und Indonesien gibt es keinen Artikel zu UVP. Dies widerspricht dem verkündeten Vorhaben der EU-Kommission, alle Handelsabkommen mit hohen Umwelt- und Sozialstandards zu verknüpfen.

In Anbetracht beispielsweise der Konflikte im chilenischen Bergbausektor, die zuletzt insbesondere im Zusammenhang mit dem Abbau von Lithium auftreten, ist dies alles andere als zu begrüßen. Insbesondere für den Fall, dass die Pläne der EU, in großem Maßstab in den Aufbau europäischer Batteriezellfertigung für Elektromobilität zu investieren, verwirklicht werden, kommt Chile für die EU eine noch bedeutendere Rolle als Rohstoffexporteur zu. Chile ist der weltweit zweitgrößte Lithiumproduzent und der mit Abstand größte Exporteur von Lithiumkarbonat. Die Nachfrage nach beidem wird durch den globalen Umstieg auf Elektromobilität getrieben⁵⁸.

Exkurs: Lithiumabbau in Chile

In der chilenischen Region Antofagasta entfallen etwa 74 Prozent des gesamten Wasserverbrauchs auf den Bergbau⁵⁹. In Antofagasta finden die gesamte chilenische Lithiumförderung und ein bedeutender Teil der Kupferförderung statt. Am Beispiel des Atacama-Salzsees kann man schon jetzt deutlich sehen, wie sehr die Umwelt bei der Gewinnung von Lithium leidet. Laut einer aktuellen Studie über die Auswirkungen von Lithium im Salzsee Atacama werden allein für die Lithium-Förderung circa 200 Millionen Liter Wasser pro Tag benötigt⁶⁰. Der übermäßige Wasserverbrauch führt zu einem Anstieg des Salzgehalts der Landschaft, der das empfindliche Ökosystem und die dort lebenden Arten in Mitleidenschaft zieht. Die Entnahme der Sole lässt den Grundwasserspiegel nachweislich absinken und damit auch den Wasserstand in den Lagunen in der Nähe der Salzseen. So werden die Wasserressourcen in der Region knapper oder verschwinden ganz, der natürliche Vogelzug und das Brutverhalten endemischer Vogelarten wie der Flamingos sind merklich beeinträchtigt. Durch die Entnahme der Sole ändert sich auch die Konzentration von Mineralen im Grundwasser. Beides lässt das Gleichgewicht des Wasserhaushalts aus der Balance geraten. Doch von ihm hängt in hohem Maß die Mikrofauna mit wichtigen Funktionen für das Ökosystem ab, das damit direkt vom Lithiumbergbau betroffen ist⁶¹. Abfallprodukte der Lithiumproduktion (wie Kalziumkarbonat, Kalziumsulfat und Magnesiumkarbonat⁶²) werden nicht umweltschonend entsorgt, sondern auf Abraumhalden gelagert oder laut Aussagen der lokalen Bevölkerung im Gebiet Uyuni in Flüssen abgeladen⁶³. Diese Deponien gefährden die wenigen vorhandenen Süßwasserquellen. Zusätzlich verteilt sich der Staub der Abraumhalden in angrenzenden Gebieten und kann die Gesundheit von Menschen und Tieren schädigen und die Fruchtbarkeit der Felder mindern⁶⁴. Zudem besteht auch immer die Gefahr, dass Chemikalien den Kreislauf verlassen und die Umwelt verschmutzen – wenn zum Beispiel die Produktion nicht sauber läuft oder es zu Unfällen kommt⁶⁵.

Eines der in der Region tätigen Unternehmen ist das chilenisch-kanadische Unternehmen Sociedad Química y Minera (SQM). Die chilenische Umweltbehörde wirft dem Unternehmen vor, an einigen Stellen mehr Wasser zu entnehmen als vertraglich vereinbart. Eine Untersuchung der Behörde

belegt, dass im Umkreis dieser Anlagen ein Teil der Vegetation bereits vertrocknet und Böden versalzt sind⁶⁶. Die lokalen Gemeinden berichten, dass der Grundwasserspiegel sinkt und die Lagunen austrocknen, und verlangen unabhängige Kontrollen der Wasserstände. Bislang wird der Grundwasserspiegel nur von den Unternehmen selbst gemessen – manuell und in willkürlich gewählten Abständen anstatt ihn mit moderner Digitaltechnik kontinuierlich zu erheben. Unter diesen Voraussetzungen ist es nicht möglich, die Wasserstände zu beurteilen, geschweige denn die langfristigen Auswirkungen auf das Ökosystem. Zu diesem Ergebnis kam 2016 auch der Ausschuss, der vom chilenischen Parlament eingesetzt wurde, um die Auswirkungen des Bergbaus auf die Salzseen zu untersuchen: Er stellte fest, dass die Ökosysteme im Norden Chiles an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen – zu lange habe man den Bergbau unkontrolliert gewähren lassen, ohne strenge Umweltauflagen und ohne Kenntnisse über die Langzeitfolgen. Es brauche detaillierte und unabhängige Umweltstudien über die Auswirkungen des Lithiumabbaus auf die Salzseen und umliegenden Ökosysteme, bevor neue Konzessionen vergeben werden⁶⁷.

Doch wegen des derzeitigen Lithiumbooms hat der chilenische Staat Anfang 2018 eine Verdreifachung der Fördermengen genehmigt, sehr zum Ärger der umliegenden Gemeinden, die sich in diese Entscheidung nicht einbezogen fühlen, nicht an den Gewinnen beteiligt sind und stattdessen um ihre Wasserversorgung fürchten. Aufgrund der fehlenden Konsultation und der möglichen Umweltschaden klagen der Rat der Indigenen sowie mehrere lokale Umweltorganisationen gegen die Erhöhung der Fördermengen. Der Lithiumboom hat zudem in ganz Chile eine Debatte darüber ausgelöst, wer eigentlich von diesem wertvollen Rohstoff profitiert. Die Bewegung „*El litio para Chile*“ – „*Lithium für Chile*“ mobilisiert gegen den Ausverkauf an transnationale Unternehmen und fordert, den Abbau von Lithium zu verstaatlichen und den Rohstoff im Land weiter zu verarbeiten.

4.4 Kooperationen und Absprachen

Artikel X.16 widmet sich **Forschung, Entwicklung und Innovation**, die beidseitig gefördert werden sollen. Dazu zählt die Verbreitung von Information und Best-Practices zu umweltverträglichen und ökonomisch effizienten Energie- und Rohstoffpolitiken, sowie kosten-effektiven Praktiken und Technologien in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Rohstoffen.

Artikel X.17 befasst sich mit **Kooperationen im Bereich Energie und Rohstoffe**. Die sechs Entwürfe für ERM-Kapitel sind hier jeweils unterschiedlich ausgestaltet; im folgenden werden alle Elemente genannt, die die Textvorschläge für Australien und Neuseeland beinhalten. So sollen die Parteien in Hinblick auf folgende Bereiche kooperieren:

(a) Maßnahmen in Drittstaaten, die den Handel oder Investitionen im Energie- und Rohstoffsektor verzerren, sollen reduziert oder eliminiert werden

(b) die Vertragsparteien sollen ihre Positionen in internationalen Foren zu diesen Themen koordinieren und internationale Programme in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energie und Rohstoffe stärken

(c) der Austausch von Marktdaten im Bereich Rohstoffe und Energie soll gestärkt werden

(d) Corporate Social Responsibility soll in Übereinstimmung mit internationalen Standards gefördert werden, etwa den OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen und die entsprechenden Due Diligence Guidance;

(e) verantwortungsbewusster Rohstoffbezug und -abbau sollen global gefördert werden; der Beitrag des Rohstoffsektors und

assoziierten Industriewertschöpfungsketten zum Erreichen der Sustainable Development Goals (SDGs) soll maximiert werden

(f) Forschung, Entwicklung, Innovation und Training in Bereichen gemeinsamen Interesses soll in Bezug auf Energiegüter und Rohstoffe gefördert werden

(g) Austausch von Information und Best Practices über jeweilige Policy-Entwicklungen in den Vertragsparteien soll gestärkt werden

(h) der effiziente Gebrauch von Ressourcen (durch das Verbessern von Produktionsprozessen; Langlebigkeit, Reparabilität, Design für Disassembly, das Erleichtern von Reuse und Recycling von Produkten)

(i) international hohe Sicherheits- und Umweltschutzstandards für Offshore-Öl-, Gas- und Bergbauoperationen sollen gefördert werden; unter anderem indem Transparenz erhöht und Informationen geteilt werden, auch in Bezug auf Industriesicherheit und Umweltperformance.

Bei dem letzten Punkt fehlt in den ERM-Kapiteln mit Chile und Indonesien das „*unter anderem*“ („*inter alia*“). Hier, aber auch ganz grundsätzlich bietet sich so die Lesart an, dass sich keineswegs dazu verabredet wird, bindende internationale Regeln für den Umweltschutz fortzuentwickeln, sondern eben beispielsweise nur Informationen zu teilen..

4.5 Menschenrechtliche, soziale und ökologische Sorgfaltspflichten

Im letzten Artikel zu Kooperationen bekennen sich Australien, Mexiko, Neuseeland und Tunesien dazu, Corporate Social Responsibility in Übereinstimmung mit internationalen Standards zu fördern, etwa den OECD-Leitsätzen



für Multinationale Unternehmen und den respektiven Sorgfaltspflichten. Auf der Ebene der Normsetzung ist dies interessant, da es einen Hinweis darauf gibt, welche Standards als Best Practice anerkannt werden. Doch es bleibt in dem Artikel bei einem Bekenntnis. Das dazu gehörige, rechtlich nicht verbindliche Wort lautet „to promote“, was im starken Kontrast steht zu der rechtlich verbindlichen Sprache in Bezug auf Aspekte wirtschaftlichen Interesses („shall regulate“, „shall not regulate“).

Ähnliches lässt sich für Responsible Mining und Sourcing sagen, das „global gefördert“ werden sollte, ebenso wie der Beitrag des Bergbausektors zum Erreichen der SDGs. Dieser Paragraph ist weder rechtlich bindend noch mit auch nur einem Vorschlag ausgestaltet, wie dies erreicht werden könnte. Möglichkeiten, die vergünstigten Handelsbestimmungen im Fall von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung auszusetzen, fehlen gänzlich. Ähnlich wie die Nachhaltigkeitskapitel in den jüngeren Handelsabkommen bleibt dieser Bestandteil nicht sanktionsbewährt⁶⁸.

Dies gilt auch für den Paragraphen bzgl. des effizienten Verbrauchs von Ressourcen, etwa durch das Verbessern von Produktionsprozessen sowie das Berücksichtigen von Langlebigkeit, Reparabilität, Design für Disassembly, Reuse und Recycling beim Produktdesign. Auch hier werden keine Standards oder Ziele benannt oder gar verbindlich geregelt. Es bleibt bei einer Absichtserklärung, die freilich als solche erst einmal zu begrüßen ist. Doch es ist unklar, inwiefern das jeweilige Handelsabkommen hier einen positiven Beitrag leisten kann.

Die in den letzten Artikeln genannten Aspekte verweilen alle auf dem Niveau des „promote“-Ansatzes. Sie sollten außerhalb von Handelsabkommen verbindlich geregelt werden, und nicht als Feigenblatt für Handelsabkommen – ähnlich wie die Trade & Sustainable Development Chapters – dienen.

Nichtsdestotrotz sollte für diese Ziele auch eine Übereinstimmung mit Chile, Indonesien, Mexiko und Tunesien erreicht werden. Mitunter wird argumentiert, dass von Staaten im Globalen Süden nicht dieselben hohen Umweltstandards etc. gefordert werden dürfen, weil dies zwei Tatsachen nicht gerecht würde: Einerseits, dass sie bisher einen sehr geringen Anteil an dem Ausstoß von Treibhausgasen und dem Verlust der Biodiversität verursacht haben, andererseits, weil hohe Umwelt- und Sozialstandards mitunter entwicklungspolitischen Interessen bzw. Interessen des wirtschaftlichen Wachstums widersprechen. Doch das Beispiel des umstrittenen Lithiumabbaus in Chile zeigt deutlich, dass dieses

Argument in die Irre führt: Ein Staat ist kein monolithischer Akteur, der die Interessen seiner gesamten Bevölkerung vertritt. Viele Industrieverbände, Unternehmen, neoliberal ausgerichtete Wirtschafts- und Politikinstitute und Politiker*innen werden sich in allen Staaten gegen verbindliche, hohe Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards aussprechen. Auch deshalb müssen zivilgesellschaftliche Akteure dringend einen Platz am Verhandlungstisch haben. Nur so kann gewährleistet werden, dass hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards verbindlicher Bestandteil von Handelsabkommen sind und ihre Einhaltung überprüft wird.

5. Politikempfehlungen

Der Bergbau birgt weltweit vielfältige und gravierende Umwelt- und Menschenrechtsrisiken. Rohstoffabbau geht häufig mit tiefgreifenden Umweltschäden wie Abholzung, Bodenzerstörung, Vergiftung und Verschmutzung von Flüssen, Grundwasser und Luft einher. Umliegende ländliche und indigene Gemeinden, die häufig von der Landwirtschaft, Fischerei, Jagd oder Tourismus leben, verlieren dadurch ihre Lebensgrundlagen, wodurch ihre Menschenrechte auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard gefährdet werden. Bei Umsiedlungen kommt es immer wieder zu Gewaltanwendung und Betroffene werden nicht angemessen entschädigt. Das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (*Free Prior and Informed Consent* – FPIC) und die Beteiligungsrechte anderer Anspruchsgruppen werden oft missachtet. Viele relevanten Dokumente, zum Beispiel Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), sind häufig nicht öffentlich zugänglich und zum Teil nicht in Sprachen verfasst, die die Betroffenen sprechen. Proteste werden immer wieder unterdrückt und Menschenrechtsverteidiger*innen verfolgt, mitunter auch getötet. Mit rund einem Drittel der weltweit registrierten wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsbeschwerden sind extraktive Industrien mit Abstand der risikoreichste Wirtschaftssektor.

Die EU-Industrien – und insbesondere jene in Deutschland – gehören zu den größten Rohstoffimporteuren und -verbrauchern der Welt. Umso problematischer ist es, dass weder die EU noch die Bundesrepublik Deutschland ihre Unternehmen verbindlich verpflichten, beim direkten oder indirekten Import dieser Rohstoffe menschenrechtliche und ökologische Sorgfalt walten zu lassen. Im Sinne ihrer Sorgfaltspflicht müssen rohstoffverarbeitende Unternehmen ihre Lieferketten untersuchen, menschenrechtliche Risiken analysieren, sie minimieren sowie über ihre Aktivitäten transparent berichten. Die Sorgfaltspflichten sind in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen konkretisiert. Die Ende 2016 beschlossene EU-Verordnung zu Konfliktrohstoffen nimmt Bezug auf die OECD-Leitsätze und ist ein erster Schritt hin zu umfassenderen menschenrechtlichen Pflichten. Sie umfasst jedoch lediglich Zinn, Tantal, Wolfram und deren Erze sowie Gold. Zudem unterliegen lediglich Erstimporteure von Erzen und Metallen der Verordnung, wogegen die große Mehrzahl der Unternehmen,

die solche Rohstoffe verwenden – wie die Automobil- und Elektronikindustrie sowie der Einzelhandel – weitgehend aus der Verantwortung genommen bleiben. Auch bei der Sanktionierung und Transparenz der Berichte sind noch einige Fragen offen.

Nachhaltige Handelspolitik muss hier anknüpfen und die gesetzliche, verbindliche Verankerung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten – mit Verweis auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen – fördern. Verstöße gegen Menschenrechte müssen sanktioniert werden und letztlich auch zu einer Aussetzung von Handelsverträgen führen können. Hierfür müssen begleitende Ausschüsse – unter Beteiligung der Zivilgesellschaft – eingesetzt werden. Der Aufbau von Kapazitäten in anderen Staaten muss gegebenenfalls (mit)finanziert und gewährleistet werden.

Es muss eine Bedingung der EU für die Aufnahme von FTA-Verhandlungen werden, dass Handelspartner die ILO-Kernnormen ratifiziert haben oder ratifizieren. Darüber hinaus muss sich die EU für einen rechtlich bindenden, multilateralen Mechanismus einsetzen, der die Durchsetzung der Rechte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf

25



Fridays for Future erinnert daran, dass wir dringend eine Politikwende benötigen!

Photo: Jeremy Oestreich, PowerShift

Grundlage der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte stärkt. Hierauf sollten sich die Aktivitäten der EU-Kommission fokussieren – und nicht auf die Einrichtung eines Multilateralen Investitionsgerichtshof, der einseitig Investorenrechte via ISDS stärkt. ISDS-Mechanismen sollten zukünftig keine Bestandteile von EU-Handels- und/oder Investitionsabkommen sein.

Der Bergbausektor ist bisher gekennzeichnet von der Abwesenheit verpflichtender internationaler Regulierung und globalen Governance-Strukturen. Ein internationales Rohstoffabkommen – analog etwa zu dem Pariser Klimaabkommen oder der UN-Biodiversitätskonvention – ist politisch wünschenswert, scheint derzeit aber nicht auf der internationalen Agenda zu stehen und aufgrund unterschiedlicher Macht- und Interessenslagen fern. In diesem Zusammenhang bietet Handelspolitik derzeit ein so genanntes „Einfallstor“, um Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu verankern. Dies wird insbesondere im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitskapiteln kontrovers diskutiert. Auch für die Umsetzung von hohen Umweltstandards im Rohstoffsektor bieten sich hier Chancen wie Risiken. So kann ein Handelsabkommen spezifischer auf die Situation in verschiedenen Staaten reagieren, hierbei unterschiedliche Prioritäten setzen und gegenwärtige Lücken im internationalen Recht füllen. Doch da Handelsabkommen oft von Wirtschaftsministerien (mit einer Orientierung an wirtschaftlichen Interessen der Industrien) und ohne Beteiligung der Umweltressorts ausgehandelt werden, ist die Umweltpolitik gefordert, hier eine stärkere Beteiligung einzufordern und den Schutzgedanken deutlich einzubringen.

Zugleich muss die EU-Kommission im Sinne der entwicklungspolitischen Kohärenz die wirtschaftlichen Interessen von Staaten im Globalen Süden – unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft – stärker berücksichtigen. Die Forderung der EU-Kommission, sämtliche Exportrestriktionen zu eliminieren, gehörte bereits zu den umstrittensten Themen der Economic Partnership Agreement (EPA)-Verhandlungen mit verschiedenen afrikanischen Staaten. Die Entscheidung, welche Maßnahmen für Industrialisierung und wirtschaftliches Wachstum notwendig sind, sollte den jeweiligen Staaten überlassen werden. Auch Local-Content-Bestimmungen können heimische Industrien fördern, deren Profite durch effektive Besteuerung auch mit der unmittelbar von Bergbauprojekten betroffenen Bevölkerung geteilt werden können. Aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen und ökonomischen Macht begegnen sich am Verhandlungstisch jedoch häufig höchst ungleiche Verhandlungspartner. Durch die

derzeitige Ausgestaltung der ERM-Kapitel werden asymmetrische Verhältnisse verstärkt. Die Rolle von rohstoffreichen Staaten im Globalen Süden als Rohstofflieferanten wird zementiert.

Doch selbst wenn hohe menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards beim Rohstoffabbau gewährleistet und dessen Profite fair verteilt werden, führt dieser immer zu einer Umweltbelastung. Insgesamt verursachen der Abbau und die Verarbeitung von Rohstoffen, Brennstoffen und Nahrungsmitteln derzeit die Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen sowie über 90 Prozent des Biodiversitätsverlusts⁶⁹. Sofern kein Politikwandel eingeleitet wird, könnte sich der globale Ressourcenverbrauch bis 2060 auf 190 Milliarden Tonnen jährlich verdoppeln. Dies kann zu einem Waldverlust von 10 Prozent und einer Reduktion von anderen Habitaten wie Grasflächen um rund 20 Prozent führen. Die damit verbundenen Implikationen für den Klimawandel sind enorm. Treibhausgasemissionen würden um 43 Prozent steigen. Der Verbrauch von Metallerzen ist um 2,7 Prozent jährlich gestiegen; die damit verbundenen Auswirkungen für Mensch und Klima haben sich zwischen 2000 und 2015 verdoppelt. „*Der Global Resources Outlook zeigt, dass wir uns durch die endlichen Ressourcen dieses Planeten pflügen, als gäbe es kein morgen, und dabei noch den Klimawandel und Biodiversitätsverlust verursachen*“, sagt Joyce Msuya, geschäftsführende Direktorin des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. „*Offen gestanden wird es für viele Leute kein morgen geben, wenn wir nicht damit aufhören*“⁷⁰.

Auf diese Herausforderungen und Folgen des Rohstoffverbrauchs finden die Handelspolitik der EU und spezifisch die ERM-Kapitel keine Antwort. Während Handels- und Investitionsabkommen den möglichst günstigen Zugang zu Rohstoffen garantieren, enthalten sie keine wirksamen und durchsetzbaren Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten, Arbeitsrechten und der Umwelt. Im Gegenteil: Sie verschärfen ökologische, menschenrechtliche und soziale Krisen auf der ganzen Welt. Das lose Bekenntnis zur Förderung der Ressourceneffizienz in den ERM-Kapiteln sowie die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Maßnahmen der europäischen RMI sind vollkommen unzulänglich. Ressourceneffizienz reicht nicht aus. Stattdessen muss die lineare Wirtschaft so weit wie möglich in eine Kreislaufwirtschaft überführt werden. Zu diesem Schluss kommen auch von der EU-Kommission geförderte Forschungsprojekte. So schrieb die EU-Kommission in ihrer evaluierenden Mitteilung über die Implementierung der RMI im Jahr 2014, dass die European Resource Efficiency Platform (EREP) eingerichtet worden

sei, um Empfehlungen für den Übergang hin zu einer effizienteren Ökonomie zu entwickeln. Diese Empfehlungen wurden im Juni 2013 und März 2014 ausgesprochen und beinhalten unter anderem „die Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft und Förderung eines qualitativ hochwertigen Recyclings“⁷¹. Die EU-Kommission schreibt in ihrer Evaluierung, sie hätte Gelder für 14 Ressourceneffizienzprojekte bereitgestellt. Auf die Empfehlungen von EREP wird nicht weiter eingegangen.

Es muss darüber diskutiert werden, wie Handelspolitik zu einer Reduktion des Rohstoffverbrauchs beitragen kann. Handelspolitik kann ein Instrument dieser Politik sein, etwa, indem Produkte anhand ihres CO₂-Fußabdrucks und anderen ökologischen Aspekten unterschiedlich behandelt werden. Eine Möglichkeit hierfür sind Maßnahmen zur Bewertung des Produktionsprozesses (Process and Production Methods; PPM), bei dem ökologische Kriterien erwogen werden können. Wenn diese für den EU-Markt wie auch für externe Handelsbeziehungen gelten, kann dies auch einen Beitrag dazu leisten, die Produktionsverlagerungen in Länder mit niedrigeren Standards zu reduzieren. Bislang gilt eine solche Differenzierung von importierten Waren aber als handelsdiskriminierend. Daher müssen die SDGs und das Pariser Klimaabkommen in den zentralen Vorschriften der Handelsabkommen in Bezug genommen und zentrale Referenzpunkte der EU-Handelspolitik werden, ebenso wie die Menschenrechte und die ILO-Kernnormen.

Eine global gerechte Rohstoff- und Handelspolitik muss die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen. Sie muss ganzheitlich sein und ökologische, entwicklungspolitische, menschenrechtliche und soziale Aspekte in den Vordergrund stellen, also über Sorgfaltspflichten hinausgehen. Im Jahr 2015 hat die internationale Staatengemeinschaft die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Die SDGs mit 17 Zielen und 169 Unterzielen streben ein gutes Leben für alle an. Soziale, ökologische und ökonomische Aspekte werden integriert. Die Agenda 2030 richtet sich explizit an alle Staaten dieser Erde – auch die Industriestaaten im Globalen Norden müssen ihre Politiken auf entsprechende Kohärenz überprüfen. Der Rohstoffsektor spielt für das Erreichen zahlreicher SDGs eine zentrale Rolle – ob es um die Reduktion von Hunger und Armut durch eine gerechte Verteilung der Profite geht; um sauberes Wasser, Leben unter Wasser und an Land; menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum oder verantwortungsvolle Produktionsmuster.

2016 hat die Kommission sich in einer Kommunikation zu den SDGs bekannt und

verschiedene Schritte für eine nachhaltige europäische Zukunft benannt. Die Kommission gelobte, die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auf alle EU-Policies und Initiativen anzuwenden. Der Rat der Europäischen Union hat dies 2017 bestärkt.

Am Ende der EU-Handelsstrategie „Die Globalisierung meistern“ heißt es selbstbewusst:

Die EU-27 ist nach wie vor weltweit größter Handelspartner, Investor und Geber von Entwicklungshilfe. Wir sind stark mit den globalen Wertschöpfungsketten verflochten und bleiben ein Schwergewicht, auch wenn andere Mächte die Bühne betreten. Anstatt die Hände in den Schoß zu legen und zuzusehen, wie die Globalisierung unser Leben verändert, haben wir die Chance, die Globalisierung nach unseren eigenen Werten und Interessen zu gestalten⁷².

Diesem Versprechen muss die EU-Kommission nachkommen und das politische Schwergewicht, dass sie sich selbst attestiert, für eine werte- und interessensgeleitete Handels- und Rohstoffpolitik im Sinne der Nachhaltigkeit nutzen. Hierfür muss die EU-Kommission die Ausarbeitung einer neuen Raw Materials Initiative ebenso wie die Aufnahme von FTA-Verhandlungen transparent und offen führen und die Zivilgesellschaft einbeziehen – die Zivilgesellschaft der EU wie auch die Zivilgesellschaft der Staaten, aus denen Rohstoffe importiert und mit denen FTAs verhandelt werden. Eine nachhaltige Handelspolitik muss nicht nur den Schutz von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechten gewährleisten, sondern diesen auch aktiv vorantreiben.

- 1 Europäische Kommission (2015): Handel für alle. Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik, S. 16, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/october/tradoc_153880.PDF, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 2 Ebd.
- 3 Europäische Kommission (2017): Die Globalisierung meistern, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-globalisation_de.pdf, S. 6.
- 4 Ebd., S. 7.
- 5 Handel für Alle, S. 12.
- 6 Forum Umwelt und Entwicklung (2018): Trade for all – Handel für alle? Probleme und Reformbedarf der aktuellen EU-Handelspolitik, S. 3, https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/02/Trade-for-all--FUE_AGHandel_2018.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 7 PowerShift (2019): International regulatory cooperation and the public good. How „good regulatory practices“ in trade agreements erode protections for the environment, public health, workers and consumers, <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/05/International-regulatory-cooperation-web300.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 8 UNEP (2019): UN calls for urgent rethink as resource use skyrockets, <https://www.unenvironment.org/news-and-stories/press-release/un-calls-urgent-rethink-resource-use-skyrockets>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 9 STRADE (2018): The EU raw material engagement with Industrial countries. Australia, Canada, China, Japan, Russia and the United States, S. 8, http://stradeproject.eu/fileadmin/user_upload/pdf/EU_Engagement_with_Ind_countries.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Europäische Kommission (2008): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern, <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:de:PDF>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 13 Europäische Kommission (2014): ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN über die Umsetzung der Rohstoffinitiative. Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Überprüfung der Liste kritischer Rohstoffe für die EU und die Umsetzung der Rohstoffinitiative, S. 2, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014SC0171&from=EN>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 14 Ebd.
- 15 Europäische Kommission (2019): In focus. EU-Vietnam Trade Agreement, Investment Protection Agreement, <http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/eu-vietnam-agreement/>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 16 Europäische Kommission (2014): Umsetzung der Rohstoffstrategie, S. 3. Die WTO-Beitrittsverhandlungen mit Afghanistan und Tadschikistan etwa wurden dafür genutzt, um diesbezüglich Druck auszuüben. Beide Staaten seien bzgl. des Abbaus von Exportzöllen nun Verpflichtungen eingegangen, die über jene der WTO-Regeln hinausgingen.
- 17 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, S. 6, http://www.rohstoffwissen.org/fileadmin/downloads/160720_rohstoffstrategie-der-bundesregierung.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd., S. 9.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd., S. 25.
- 22 PowerShift (2019): Breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Umdenken bei neuer deutscher Rohstoffstrategie, <https://power-shift.de/breites-zivilgesellschaftliches-buendnis-fordert-umdenken-bei-neuer-deutscher-rohstoffstrategie/>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 23 STRADE (2018): The EU raw material engagement with Industrial countries, S. 10.
- 24 Europäische Kommission (2018): Comprehensive and Economic Trade Area (CETA), Meeting of Bilateral Dialogue on Raw Materials, 16 November, 2018, Brussels, Joint Report, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/december/tradoc_157567.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 25 Europäische Kommission (2019): Comprehensive and Economic Trade Area (CETA), Meeting of Bilateral Dialogue on Raw Materials, 6 March, 2019, Toronto, Joint Report, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/april/tradoc_157819.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 26 Europäische Kommission (ohne Datumsangabe): Draft Provisions, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/april/tradoc_155479.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 27 Europäische Kommission (2017): Report from the 2nd round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and the Philippines, 13-17 February 2017, Cebu City (Philippines), http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/march/tradoc_155435.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 28 Europäische Kommission (2019): Countries and Regions. Azerbaijan, <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/azerbaijan/>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 29 Europäische Kommission (2019): Negotiations and agreements, <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/negotiations-and-agreements/>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 30 Europäische Kommission (2018): Report of the 1st round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and Australia, 2-6 July 2018, Brussels, S. 2, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157182.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 31 Europäische Kommission (2019): Report on the third round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and New Zealand, 18-22 February 2019, Brussels, S. 3, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/march/tradoc_157715.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 32 Europäischer Rat (2018): EU-Chile Modernised Association Agreement. Directives for the negotiation of a Modernised Association Agreement with Chile, S. 32, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/january/tradoc_156550.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 33 Europäische Kommission (ohne Datumsangabe): EU-Chile Free Trade Agreement, EU TEXTUAL PROPOSAL, ENERGY AND RAW MATERIALS CHAPTER, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/february/tradoc_156585.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 34 Ebd., S. 3.
- 35 Europäische Kommission (2019): Countries and Regions, Mexico, <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/mexico/>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 36 Europäische Kommission (2018): New EU-Mexico agreement, The agreement in principle, Brussels 23 April 2018, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/april/tradoc_156791.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 37 Ebd.
- 38 Europäische Kommission (2018): Troisième round de négociation sur un accord de libre-échange complet et approfondi (ALECA) entre la Tunisie et l'Union européenne Bruxelles, 10 -14 décembre 2018, Rapport conjoint, S. 6, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/january/tradoc_157637.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 39 Ebd., S. 4.
- 40 Europäische Kommission (2018): CHAPTER [XX] ENERGY AND RAW MATERIALS, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157188.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.

- 41 Europäische Kommission (2018): The EU proposal on energy and raw materials. Negotiations for a Deep and Comprehensive Free Trade Area between the European Union and Tunisia, Fact Sheet, S. 1, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157214.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 42 Europäischer Rat (2018): Negotiating directives for a Free Trade Agreement with Australia, S. 18, <https://www.consilium.europa.eu/media/35794/st07663-ad01dc01-en18.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 43 Europäische Kommission (2018): Report of the 5th round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and Indonesia, 9 to 13 July 2018, Brussels, S. 1, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/july/tradoc_157137.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 44 Europäische Kommission (2018): Report of the 6th round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and Indonesia, 15 to 19 October 2018, Palembang, S. 1, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/october/tradoc_157477.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 45 Europäische Kommission (2017): EU Proposal on Energy & Raw Materials. 3rd Round of Trade Negotiations between the European Union and Indonesia, Explanatory Note, S. 1, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/sep-tember/tradoc_156116.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 46 Ebd.
- 47 Tempo (03.12.2018): Jokowi Urges Business to Stop Exporting Raw Materials, <https://en.tempo.co/read/92394/jokowi-urges-business-to-stop-exporting-raw-materials>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 48 Europäische Kommission (2019): Report of the 7th round of negotiations for a Free Trade Agreement between the European Union and Indonesia, 11 to 15 March 2019, Brussels, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/april/tradoc_157838.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 49 Europäische Kommission (2017): EU Proposal on Energy & Raw Materials. 3rd Round of Trade Negotiations between the European Union and Indonesia, Explanatory Note, S.1.
- 50 Europäische Kommission (2017): [proposal for legal text provisions on energy and raw materials in the EU-Indonesia FTA], http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/september/tradoc_156108.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 51 Europäische Kommission (2019): The EU proposal on Trade in Goods for the DCFTA EU-Tunisia. Negotiations of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) between the European Union and Tunisia. Explanatory Note, S. 1-2, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/january/tradoc_157659.%2020190124%20-%20Factsheet%20-Trade%20In%20Goods%20-%20EN.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 52 Ebd.
- 53 PowerShift (2019): Mit Konzernklagen gegen Umweltschutz, S. 1, <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/05/Mit-Konzernklagen-gegen-Umweltschutz-web.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 54 Bei diesem Exkurs handelt es sich um einen geringfügig modifizierten Auszug aus der Publikation „Under Pressure: Mit Konzernklagen gegen Umweltschutz“, PowerShift (2019), 28 S., <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/01/Under-Pressure-Mit-Konzernklagen-gegen-Umweltschutz-web.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 55 Mining Weekly (22.07.2015): Canada's Gabriel Resources files international arbitration suit against Romania, <http://www.miningweekly.com/print-version/canadas-gabriel-resources-files-international-arbitration-suit-against-romania-2015-07-22>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 56 Pia Eberhard, Blair Redlin, Cecile Toubeau (November 2014): Trading Away Democracy: How CETA's investor protection rules threaten the public good in Canada and the EU, S. 12, <https://corporateeurope.org/sites/default/files/trading-away-democracy.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 57 STRADE (2018): The EU raw material engagement with industrial countries, S. 17.
- 58 PowerShift (2018): Weniger Autos, mehr globale Gerechtigkeit. Diesel, Benzin, Elektro: Die Antriebstechnik allein macht noch keine Verkehrswende, <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/06/Studie-Weniger-Autos-mehr-globale-Gerechtigkeit.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 59 Bei diesem Text handelt es sich um einen editierten Auszug aus dem Report „Das weiße Gold. Umwelt- und Sozialkonflikte um den Zukunftsrohstoff Lithium“ von Brot für die Welt, 2018. Der Bericht basiert auf einer Recherche, die von der Organisation Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina (OCMAL) begleitet wurde.
- 60 Jerez Henríquez, Bárbara (2018): Impacto socioambiental de la extracción de litio en las cuencas de los salares altoandinos del Cono Sur. Santiago de Chile, S. 28, <https://www.ocmal.org/wp-content/uploads/2018/08/InformeLitio.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 61 Ebd., S. 34, 45.
- 62 DERA (2017): Rohstoffinformationen Nr. 33, Risikobewertung Lithium, S. 24, https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/DE/Downloads/Studie_lithium_2017.pdf;jsessionid=6A02198F90BB70A608EAF61F97BB-7AD1_cid284?__blob=publicationFile&v=3, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 63 Hollender, Rebecca/Jim Schultz (2010): Bolivia and its Lithium. Can the „Gold of the 21st Century“ help lift a nation out of poverty?, S. 9, https://democracyctr.org/dc_2017/wp-content/uploads/2017/01/DClithiumfullreportenglish.pdf, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 64 Jerez Henríquez, Bárbara (2018): Impacto socioambiental de la extracción de litio en las cuencas de los salares altoandinos del Cono Sur, S. 35.
- 65 Ebd., S. 28.
- 66 Ebd., S. 26, 28.
- 67 Ebd., S. 48.
- 68 PowerShift (2018): Nachhaltigkeitskapitel in EU Freihandelsabkommen: Feigenblatt für nicht-zukunftsfähige Handelspolitik?, <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2018/11/Nachhaltigkeitskapitel-in-EU-Freihandelsabkommen-WEB-29102018.pdf>, letzter Zugriff: 13.06.2019.
- 69 UNEP (2019): UN calls for urgent rethink as resource use skyrockets.
- 70 Ebd.
- 71 Europäische Kommission (2014): Umsetzung der Rohstoffinitiative, S. 13.
- 72 Europäische Kommission (2017): Die Globalisierung meistern, S. 23.

Bildnachweise

- Cover** „Dump Truck Lineup“, <https://flic.kr/p/2f1wvEr>,
Photo: Chris Hunkeler, flickr, CC BY-SA 2.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>
- S.7** <https://unsplash.com/photos/kyCNGGKCvyw>,
Photo: chuttersnap, Unsplash
- S.8** „The European Commission - Children Statue“,
<https://flic.kr/p/oxRjUS>, Photo: Glyn Lowe PhotoWorks, flickr,
CC BY 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>
- S.10** „Recycling, Rough Cubes“, <https://unsplash.com/photos/GFt6VfdVdbk>, Photo: David Hofmann, Unsplash
- S.11** „Recycled“, <https://flic.kr/p/6Hi7Dr>, Photo: Martin Lissmyr, flickr, CC BY-NC-ND 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>
- S.12** „Kalgoorlie The Big Pit“, https://en.wikipedia.org/wiki/File:Kalgoorlie_The_Big_Pit_DSC04498.JPG,
Photo: Brian Voon Yee Yap, Wikipedia, CC BY-SA 3.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>
- S.14** „Copper come out!!!“, <https://flic.kr/p/kMoCUR>,
Photo: zwansaurio, flickr, CC BY-NC-ND 2.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>
- S.15** „Taurian“, <https://flic.kr/p/mtMSr2>,
Photo: Parolan Harahap, Flickr, CC BY-NC 2.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>
- S.16** „area tambang batu bara“, <https://flic.kr/p/mRH4ya>,
Photo: Parolan Harahap, Flickr, CC BY-NC 2.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>
- S.17** <https://unsplash.com/photos/xS5bOLKCSLw>,
Photo: Michal Pech, Unsplash
- S.18** „Aerial view over the building materials processing factory“, <https://unsplash.com/photos/33JLhfRuqbk>,
Photo: Curioso Photography, Unsplash
- S.19** <https://unsplash.com/photos/D5n3TdyVH8l>,
Photo: Alex Knickerbocker, Unsplash
- S.20** „Rosia Montana“, Photo: Jeremy Oestreich, PowerShift
- S.23** „Resilient Cities: Local Action to Achieve Sustainable Development“, <https://www.flickr.com/photos/isdr/7514748556/>,
Photo: UN DRR, flickr, CC BY-NC-ND 2.0,
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>
- S.25** „Protest, FFF“, Photo: Jeremy Oestreich, PowerShift

